

PAZIFIK IM ÜBERBLICK

Britischer Arzt als Whistleblower geehrt

Der Allgemeinmediziner Dr. Nick Martin hat Mitte Januar im Londoner *Frontline Club* den Preis „*Blueprint for Free Speech 2019*“ für die Aufdeckung des medizinischen Notstands im australischen Flüchtlingslager auf der Pazifikinsel Nauru erhalten.

Der gebürtige Brite, der seit 2012 in Australien lebt, war als Oberarzt im Auftrag der australischen Regierung im Krankenhaus von Nauru (*Republic of Nauru Hospital*, RON) tätig. Er war bei der eigens für Nauru eingerichteten australischen Behörde „*International Health and Medical Services on Nauru*“ angestellt. Im Krankenhaus fand der Arzt unhaltbare Zustände vor: Vor allem Kinder wurden nur unzureichend medizinisch versorgt. Es gab weder Medikamente für chronisch kranke Menschen, noch wurde den schwer traumatisierten Flüchtlingen psychologische Hilfe angeboten. Dr. Martin erlebte hautnah verschiedene Suizide mit. Schwerstkranke Erwachsene wurden entgegen seines ärztlichen Rates nicht nach Australien ausgeflogen, da die australische Regierung strikt am Einreiseverbot für Geflüchtete festhielt. Seinen Hinweisen an das Sicherheitspersonal auf drohende Sterbefälle habe man lapidar und menschenverachtend beantwortet mit solchen Sätzen wie: „*Schauen wir mal, ob der wirklich stirbt*“.

Martin entschied sich, die untragbaren Zustände an die Presse und in die Öffentlichkeit zu bringen. Von den australischen Menschenrechtsorganisationen wurde er für seinen Mut beglückwünscht, die australische Regierung strafte ihn zum „Whistleblower“ ab und kündigte ihm umgehend seinen Job.

Für die Aufdeckung des Skandals wurde Martin jetzt mit einem besonderen Preis für Whistleblower geehrt. Der „*Blueprint for Free Speech*“-Preis einer britischen

Wohltätigkeitsorganisation wird an Menschen vergeben, die Berufsgeheimnisse ausplaudern, um damit die Menschenrechte zu schützen, Korruption innerhalb einer Behörde aufzudecken oder um auf die Schädigung des Allgemeinwohls hinzuweisen.

Dr. Martins Familiengeschichte ist eng mit Nauru verbunden: Sein Großvater war während des Zweiten Weltkrieges als Arzt auf Nauru tätig. Er wurde 1943 von den Japanern hingerichtet, weil er sich geweigert hatte, die Insel zu verlassen und seine einheimischen Patienten in Stich zu lassen. Der gebürtige Engländer Nick Martin diente über ein Jahrzehnt als Chirurg auf U-Booten der Britischen Royal Navy, bevor er 2012 nach Australien umsiedelte. Während seiner Zeit bei der britischen Navy war er auch während des Zweiten Golfkrieges und im Afghanistan-Krieg im Einsatz.

Bei der Preisverleihung in London sagte Martin, er habe geglaubt, nach diesen Kriegserfahrungen sei er gut vorbereitet gewesen auf seinen Dienst auf Nauru von November 2016 bis August 2017. In Wirklichkeit sei Nauru aber um ein vielfaches schlimmer gewesen als seine Zeit bei der Armee, weil er so viele Selbstmorde unter Kindern, Selbst-Verletzungen, Hunger und Krankheit gerade bei den jüngsten Lagerinsassen habe ansehen müssen. Es habe keinerlei Betreuung für die traumatisierten Kinder gegeben. In Ausnahmen sei es ihm über Gerichtsentscheidungen gelungen, die betroffenen Kinder in die Psychiatrie nach Australien ausfliegen zu lassen.

Als Erfolg kann Dr. Martin für sich verbuchen, dass derzeit nur noch zehn Kinder im Flüchtlingscamp auf Nauru einsitzen.

(<https://www1.racgp.org.au/newsgp/professional/former-nauru-doctor-wins-international-free-speech>, <https://blueprintforfreespeech.net/en/blueprint-for-free-speech-whistleblowing-prizes-announced/>, *The Guardian* 17.01.19)

Neue EU-Pazifik-Partnerschaft

Bereits Ende letzten Jahres wurde das „*Pacific-European Union Marine Partnership Programme*“ (PEUMP) verabschiedet. Das auf fünf Jahre angelegte Programm „*Improvement of the sustainable management of coastal fisheries resources and ecosystems*“ wird mit 35 Millionen Euro von der Europäischen Union (EU) und mit weiteren zehn Millionen Euro von der schwedischen Regierung finanziert. Mit den Geldern sollen die Projekte von vier pazifikweit tätigen Organisationen unterstützt werden. Dazu gehören die *Forum Fisheries Agency*, die *Pacific Community*, das *Secretariat of the Pacific Regional Environment Programme* sowie die *University of the South Pacific*.

Alle vier Organisationen sollen Kampagnen und Projekte entlang von sechs Themenfeldern aufsetzen: 1) Schutz der küstennahen Fischerei vor Überfischung, 2) Schutz der marinen Biodiversität, 3) den Beitrag der Fischerei zur wirtschaftlichen Entwicklung der Pazifikstaaten, 4) die Standardisierung in Ausbildung und Training im Fischereisektor, 5) die Berücksichtigung der Geschlechtergerechtigkeit im Fischereiwesen und 6) den Umgang mit Folgen des Klimawandels und Naturkatastrophen. (*Pressemitteilung SPC 14.11.18*)

Fidschianischer Premier ist Global Thinker

Der fidschianische Premierminister Frank Bainimarama ist einer von 100 Menschen auf einer Liste von „Global Thinker“, wie sie für das Jahr 2019 von der US-amerikanischen Zeitschrift „*Foreign Policy - the Global magazine of news and ideas*“ Ende Januar veröffentlicht wurde.

Bainimarama gehört zu den Vordenkern und Meinungsmachern in der Kategorie „Energie und Klima“. Die Jury begründete ihre Auswahl mit seinem Einsatz für den Klimaschutz im Pazifik und weltweit. Besonders hervorgehoben wurde sein Engagement als Vorsitzender

der Klimaschutzkonferenz COP23 im vergangenen Jahr in Bonn, sowie sein Angebot an die Regierungen von Kiribati und Tuvalu, zukünftig deren Klimaflüchtlinge in Fidschi aufnehmen zu wollen. Der fidschianische Premier habe sich zu einem weltweiten Anwalt für den Klimaschutz und den Kampf gegen den Klimawandel entwickelt, so das Urteil der Jury. Sein Engagement sei umso glaubwürdiger als Fidschi selber von den Folgen des Klimawandels stark betroffen sei.

Info: Die „Foreign Policy“ ist eine anfangs vierteljährlich und seit 2000 alle zwei Monate erscheinende Zeitschrift in den USA. Sie thematisiert die Außenpolitik der Vereinigten Staaten sowie internationale Politik, Beziehungen und Wirtschaft. Das Magazin wurde 1970 von Samuel P. Huntington und dem Bankier und Diplomaten Warren Demian Manshel gegründet.

Die Liste der *100 Global Thinker* wurde bereits zum zehnten Mal veröffentlicht. Weitere pazifische Vordenker sind laut der Zeitschrift in diesem Jahr: Jacinda Ardern (Premierministerin von Neuseeland) und Susi Pudjastuti (Minister für Fischerei in Indonesien). (<https://foreignpolicy.com/2019-global-thinkers/>, Wikipedia)

NGO warnt vor Tiefseebergbau

Die Vereinigung der pazifischen Nichtregierungsorganisationen (PIANGO, *Pacific Islands Association of NGOs*) hat im Rahmen eines dreitägigen Workshops der *International Seabed Authority* (ISA) vor den Folgen des Tiefseebergbaus gewarnt. In Nuku'alofa (Tonga) erklärte PIANGO-Vorsitzende Emele Duituturaga Mitte Februar, die internationalen Organisationen verfolgten ihre „Blue Growth“-Strategie weiter, ohne Rücksicht auf die Folgen geplanter Tiefseebergbauprojekte für die Fischerei und die Küstenbewohner. Es sei deshalb umso wichtiger, dass sich die pazifische Zivilgesellschaft deutlich gegen

Tiefseebergbau ausspreche und auf die zu erwartenden Schäden für Mensch, Natur und Umwelt aufmerksam mache, erklärte die Fidschianerin. Gerade angesichts der Pläne der ISA, im nächsten Jahr eine verbindliche Regelung für Tiefseebergbau auch außerhalb der exklusiven ökonomischen Zonen treffen zu wollen („Mining Code“), müsse die Zivilgesellschaft weiter für das Konzept der „Blue Economy“, also der nachhaltigen Bewirtschaftung der Ressourcen im Pazifik, eintreten, so Duituturaga.

(<http://www.piango.org/our-news-events/latest-news/2019/pacific-island-governments-cautioned-about-seabed-mining-impacts/>, *Marshall Islands Journal* 22.02.19, <https://www.isa.org/jm/mining-code>)

Preis für FFA

Die *Pacific Islands Forum Fisheries Agency* (FFA) ist im März in Bangkok (Thailand) mit dem ersten Preis des „*Stop illegal, unreported and unregulated fishing*“ (STOP IUU FISHING AWARD) ausgezeichnet worden. Dieser Preis wird jährlich vergeben vom im Jahr 2001 gegründeten „*Global Monitoring, Control and Surveillance Network*“ (MCS Network) und ehrt Organisationen, die sich in besonderer Weise dem Kampf gegen illegale Fischerei verschrieben haben.

Frau Dr. Manumatavai Tupou-Rossen, die Direktorin der FFA, bedankte sich für die Auszeichnung und erklärte, diese käme gerade richtig zum 40-jährigen Bestehen der FFA. Der Preis sei auch eine Art ‚Belohnung‘ für die Bemühungen der FFA-Mitgliedsländer, die Thunfischbestände im Pazifik vor Überfischung zu schützen. Alle FFA-Mitglieder unterhielten in ihren jeweiligen exklusiven ökonomischen Zonen Überwachungssysteme, um illegale Fischtrawler zu entdecken und aufzubringen. Es gelte, die Ernährungssouveränität vor allem der Küstenbewohner zu bewahren und die Fischbestände in Küstennähe vor kommerzieller Fischerei zu schützen, erläuterte Tupou-Rossen.

Den zweiten Preis bekam das thai-

ländische Fischereiministerium für ein Programm, mit dem der Weg eines Meeresproduktes vom Fang bis zum Verbraucher nachvollzogen werden kann.

Den dritten Platz teilen sich Spanien und Peru für ihre Bemühungen, die illegale Fischerei in einem Netzwerk lateinamerikanischer und karibischer Staaten zu unterbinden.

(<http://imcsnet.org/3rd-stop-iuu-fishing-award/>, *Marshall Islands Journal* 08.03.19)

Best Trip 2019: Canterbury in Neuseeland

Einmal jährlich veröffentlicht das renommierte US-amerikanische Reisemagazin „*National Geographic Traveler*“ eine Rangliste mit Urlaubsländern. Es werden 28 Destinationen in mehreren Erlebnis-Kategorien vorgestellt, die im nächsten Jahr für Reisende besonders spannend sein sollen.

Für das laufende Jahr 2019 steht die Region Canterbury auf der Südinsel Neuseelands ganz oben: Sie belegt Platz 6 in der Kategorie „Abenteuer“, noch vor anderen Destinationen wie Grönland oder Kolumbien.

Neuseelands größte Region erstreckt sich über einen großen Teil der östlichen Südinsel. Sie bietet Besuchern nicht nur alpine Gipfel und Gletscher, tiefblaue Seen und mäandrierende Flusstäler, sondern auch Strände am Pazifik. Die idyllische Halbinsel *Banks Peninsula* vor den Toren der Stadt Christchurch und Neuseelands erstes „Dark Sky Sanctuary“ am Lake Tekapo zählen zu den Attraktionen in der Region.

Stephen England-Hall, Chef von *Tourism NewZealand*, zeigte sich begeistert von der Aufnahme der Region Canterbury in die exklusive Liste des *National Geographic Traveler*: „*Canterbury hat eine Menge zu bieten, und wir freuen uns sehr, dass diese Region von einem so renommierten Medium anerkannt wird. Dadurch werden hoffentlich noch mehr internationale Besucher hierher und auf den Rest der Südinsel gelockt*“, sagte er.

Info: Auf Platz 1 der Rangliste steht Mexikostadt, gefolgt vom peruanischen Regenwald. Auf Rang elf kommt Frz.-Polynesien. Hier lässt sich am 2. Juli auf dem Tuamotu-Archipel eine totale Sonnenfinsternis beobachten. Auch eine deutsche Destination gehört zu den 28 Top-Destinationen in diesem Jahr. Die Macher des Magazins raten zu einer „Bauhaus-Tour“ nach Dessau und zu den anderen Städten des Bauhaus. (*Jenny Menzel im 360 Grad Neuseeland Newsletter 21.01.19, <https://www.nationalgeographic.com/travel/features/best-trips-2019/>*)

Elektroflugzeuge für Inlandsflüge

Neuseeland will in den kommenden Jahren Kurzflüge mit elektrisch angetriebenen Flugzeugen anbieten. Zwischen Auckland und Wellington oder Christchurch und Queenstown sollen die Elektroflugzeuge in die Lüfte steigen. Dafür hat die nationale Fluglinie *Air New Zealand* ein Abkommen mit dem französischen Flugzeughersteller *Avions de Transport Regional* (ATR) unterzeichnet.

Die beiden Unternehmen werden unter anderem bei der Entwicklung neuer Antriebstechnologien zusammenarbeiten, hieß es in einer Presseerklärung der Firmen. Die erneuerbare Stromversorgung Neuseelands und das umfassende regionale Netzwerk der Fluggesellschaft würden das Land zu einem idealen Testfeld für die neuen Technologien machen, hieß es weiter.

Bereits heute stammen über 80% von Neuseelands Energieverbrauch aus erneuerbaren Quellen, vor allem aus Wasserkraft. Bis zum Jahr 2035 will Neuseeland zu 100% auf regenerative Energien umstellen. Bis 2050 hat sich die sozialdemokratische Regierung unter Premierministerin Jacinda Ardern das Ziel gesetzt, kohlenstoffneutral zu sein – also nicht mehr Kohlendioxid auszustoßen, als die Biosphäre aufnehmen kann. Im April letzten Jahres stoppte die Premierministerin deswegen neue Offshore-

Explorationsgenehmigungen für Erdöl und Erdgas.

Air New Zealand-Chef Christopher Luxon hofft, mit seiner Entscheidung einen großen Teil für dieses Ziel beizusteuern. „Auf unsere regionale Flotte entfallen etwa 40% unserer Inlandsemissionen“, sagte er. „Es besteht also eine enorme Chance zur CO₂-Einsparung.“ Laut Luxon sollten erste Hybridflugzeuge in den nächsten zehn Jahren auf den Markt kommen. (*Barbara Barkhausen im 360 Grad Neuseeland Newsletter, 14.11.18*)

„ocean tribute“-Award auf der Messe boot verliehen

Auf der weltgrößten Wassersportmesse „boot Düsseldorf“ vergaben die Fürst Albert II von Monaco Stiftung, die boot und die Deutsche Meeresstiftung gemeinsam den „ocean tribute“-Award in den Kategorien Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft. Ausgezeichnet wurden die drei Initiativen *The Ocean Race*, *NeptuTherm* und die *Malizia Ocean Challenge* in besonderer Würdigung ihrer Leistungen für die Ozeane.

Die Segelregatta *The Ocean Race*, die um die ganze Welt geht, verbindet Spitzensport und wissenschaftliche Forschung mit dem Ziel, das Bewusstsein für die Verschmutzung durch Kunststoffe in den Ozeanen zu verstärken. Sie gewann den Preis in der Kategorie „Wissenschaft“. Während der 13. Ausgabe des einzigartigen Segelabenteuers haben sieben Teams Daten über Mikrokunststoffe, Wassertemperaturen, CO₂-Gehalte und mehr in den entlegensten Regionen gesammelt. Die Daten wurden von internationalen Wissenschaftlern ausgewertet und weiterverarbeitet. In dieser Kampagne arbeitet *The Ocean Race* mit der UN-Initiative #CleanSeas zusammen.

Das Unternehmen *NeptuTherm* gewann den Preis in der Kategorie „Industrie“. Das deutsche Unternehmen unter Leitung des Karlsruher Architekten Richard Meier hat aus Seegrass-Bällen aus dem Mittelmeer einen modernen und

umweltfreundlichen Dämmstoff entwickelt, der bereits vielfach ausgezeichnet wurde. Das rein biologische und schwerbrennbare Produkt wird zunehmend im Hochbau eingesetzt. Der mit dem „Blauen Engel“ zertifizierte Dämmstoff steht den traditionellen Industrieprodukten in nichts nach. Er ist vollständig abbaubar und kann wiederverwendet werden.

Der Gewinner der Kategorie „Soziales Engagement“ ist die *Malizia Ocean Challenge* um die Hochseesegler Boris Hermann und Pierre Casiraghi. Diese Initiative sensibilisiert Kinder, Jugendliche und ihre Lehrenden für Meeres- und Klimaschutz. Parallel werden auch bei dieser Segelkampagne wissenschaftliche Daten erhoben und von renommierten Institutionen ausgewertet.

In dieser Kategorie war auch die *Melanesian Coral Sea Foundation* nominiert, für einen Preis hat es jedoch nicht gereicht.

(<https://oceantributeaward.boot.de/>, Frank Schweikert, Deutsche Meeresstiftung 15.03.19)

MELANESIEN

PAPUA-NEUGUINEA

Tiefseebergbauprojekt auf Eis gelegt

Der kanadische Bergbaukonzern *Nautilus Minerals* kann vorerst nicht mit dem Abbau von Rohstoffen in der Bismarcksee zwischen Festland-Neuguinea und den Inseln Neubritannien und Neuirland beginnen. Nachdem der Konzern in finanzielle Schwierigkeiten geraten war und nahezu bankrottging, musste er das für den Abbau gebaute Bergungsschiff an den indischen Konzern *MDL Energy* verkaufen, der das Schiff nicht für den Rohstoffabbau aus der Tiefsee einsetzen will.

Freuten sich die Gegner des Tiefseebergbaus, die Aktivisten der küstennahen Nichtregierungsorganisationen „*Alliance of Solwara*

„Warriors“ und „Bismarck Ramu Group“, zunächst noch mit „Game over“-Transparenten über das voraussichtliche Ende des geplanten Solwara 1-Projektes, so befürchten sie nun, dass ein anderer Bergbaukonzern in die Lücke springen könnte und der Firma *Nautilus* die bereits im Jahr 2001 von der neuguineischen Regierung vergebenen Tiefseebergbaulizenzen abkaufen könnte.

Nautilus hatte am 21. Februar unter dem *Canadian Companies' Creditors Arrangement Act* vor Gericht Klage eingereicht, um so lange vor dem Zugriff der Gläubiger geschützt zu werden, wie die Umstrukturierungsmaßnahmen zur Rettung des Konzerns andauern. Vermutlich erst im September wird das Gericht hier eine Entscheidung treffen. *Nautilus* muss sich jedoch bereits jetzt von vielen Vermögenswerten trennen, um Kredite zurückzahlen zu können.

Die „*Alliance of Solwara Warriors*“ befürchtet, dass der Konzern die Lizenzen mit der Berechtigung zum Abbau von Rohstoffen in der Tiefsee an einen anderen finanzstarken Investor verkaufen könnte und das Tiefseebergbauprojekt doch noch durchgezogen werden könnte.

Hinzu kommt, dass der Staat Papua-Neuguinea 15% Anteile an *Nautilus Minerals* hält. Wie es um diese Anteile angesichts der drohenden Insolvenz des Konzerns steht, ist noch nicht geklärt.

Christina Tony, Sprecherin der *Bismarck Ramu Group*, äußerte sich verhalten optimistisch: „*Not until the PNG Government terminates the Solwara 1 operating licence, as well as all of Nautilus' licences in the Bismarck and Solomon Seas, will we be able to claim victory.*“ Anstelle eines Verkaufs der Lizenzen an andere Konzerne fordern die Umweltaktivisten die Regierung auf, ihre Lizenzen rückgängig zu machen und damit generell den Tiefseebergbau in ihren Hoheitsgewässern zu verbieten.

(<http://www.savethehighseas.org/2019/03/11/call-for-nautilus-seabed-mining-licences-to-be-cancelled-in-papua-new-guinea/>,
<https://ramumine.wordpress.com/2018/12/13/>)

game-over-canadian-mining-companys-papua-new-guinea-deep-sea-mining-experiment-fails/,
<http://www.nautilusminerals.com/>)

Abkommen mit *Pacific Community*

Ende Februar haben Vertreter der neuguineischen Regierung und der *Pacific Community* (SPC) ein auf drei Jahre angelegtes Kooperationsabkommen unterzeichnet.

Dabei will die SPC mit ihren gutachterlichen und beratenden Tätigkeiten zur ökonomischen Entwicklung des Staates beitragen. Außenminister Rimbink Pato erläuterte, dass die SPC vor allem in vier Bereichen tätig werde, um die *Vision 2050* von einer nachhaltigen, gesunden und glücklichen Gesellschaft zu stärken.

Im Bereich der Fischereiwirtschaft wird die SPC eine Datenbank mit den Thunfischbeständen anlegen. Ziel ist hier, maximale Profite aus der Vermarktung des neuguineischen Thunfischs zu schlagen.

Die SPC wird zudem die *National Maritime and Safety Authority* bei der Weiterentwicklung der Häfen unterstützen. Hier gilt es, die Häfen nach den Standards der *International Maritime Organisation* aufzurüsten, um global gesehen wettbewerbsfähig zu werden.

Die SPC unterstützt außerdem die pazifikweite Initiative *Women in Maritime*, hier hat derzeit PNG den Vorsitz. Die Initiative setzt sich dafür ein, dass Frauen in die bisherige Männerdomäne der Schifffahrt einbrechen und zu Kapitäninnen, Ingenieurinnen und Maschinistinnen ausgebildet werden.

Mit Unterstützung durch die SPC soll auch der Bildungssektor gestärkt werden. Spezielle Bildungsprogramme sollen die Zahl der Analphabeten senken und mehr Kindern den Schulbesuch ermöglichen. (*Pressemitteilung SPC 26.02.19*)

Sudanese erhält Menschenrechtspreis

Der auf der Insel Manus (Papua-Neuguinea) im Rahmen der australischen „Pacific Solution“ inhaftierte sudanesischer Flüchtling Abdul Aziz Muhamat hat im Oktober 2018 einen renommierten Menschenrechtspreis bekommen.

Muhamat lebt seit Oktober 2013 im Flüchtlingscamp auf Manus, nachdem sein Boot von den australischen Behörden aufgebracht worden war. Er war im Alter von 20 Jahren vor dem Krieg aus Darfour geflohen.

Im Lager setzt er sich für andere inhaftierte Flüchtlinge ein. Er kämpft bei den Behörden für eine bessere (medizinische) Versorgung der Flüchtlinge und lässt sich auch nicht durch Gewalt von seinem Engagement abhalten. Trotz einer Schusswunde am Bein nach einer friedlichen Demonstration im Lager unter dem Motto „*We need safety. We need freedom. We need hope.*“ engagiert sich Muhamat weiter für Mithäftlinge.

Info: Der Martin Ennals Award for Human Rights Defenders ist eine Auszeichnung für Personen und Organisationen, die sich besonders für die Wahrung der Menschenrechte in ihren Ländern engagieren. Der Preis wird von Vertretern von zehn der wichtigsten Menschenrechtsorganisationen seit 1993 verliehen. Er ist nach dem britischen Menschenrechtsaktivisten Martin Ennals benannt, der von 1968 bis 1980 Generalsekretär von *Amnesty International* war. Der Preis wird jährlich in Genf im Oktober verliehen. Das Preisgeld beträgt 20.000 Schweizer Franken. (*Pressemitteilung Amnesty International 13.02.19, Wikipedia, http://www.martinennalsaward.org/1716/*)

Aufstockung der Verteidigungskräfte

Die *Papua New Guinea Defence Force* (PNGDF) stockt im Jahr 2019 ihre Streitkräfte um 300 Personen auf. Dazu finden zwei sechsmonatige Ausbildungslehrgänge für je 150 Personen im *Goldie Training Depot* statt. Die

Regierung stellt die Gelder für die Aufstockung des Personals zur Verfügung. Nach Angaben von Generalmajor Gilbert Toropo, dem Kommandanten der PNGDF, hat die Regierung beschlossen, die bis dato 4.000 Menschen umfassende Armee des Staates in den nächsten Jahren auf 10.000 Kräfte zu erweitern. Dazu sollen neue Kasernen gebaut werden, u.a. wird der ehemalige Marinestützpunkt in Lombrum am östlichsten Ende der Insel Manus wiederaufgebaut. Zukünftig soll die Marine von diesem Stützpunkt aus die illegale Fischerei in neuguineischen Hoheitsgewässern kontrollieren.

Info: Die *Lombrum Naval Base* war während des Zweiten Weltkrieges im Januar 1944 von der US-Army aufgebaut und als Stützpunkt genutzt worden.

Die Amerikaner und die Australier begrüßten den Wiederaufbau des alten Stützpunktes, erklärte Generalmajor Toropo. Australien habe bereits Überwachungsboote für den Stützpunkt gespendet. Es laufen auch Verhandlungen, ob die Basis zukünftig von der australischen Marine als Stützpunkt mitbenutzt werden kann, so der Major weiter. Seit 2001 befindet sich in Lombrum auch das *Manus Regional Processing Center*, ein Flüchtlingslager der Australier im Rahmen ihrer „Pacific Solution“.

(*The National* 14.01.19, <https://www.globalsecurity.org/military/world/occeania/png-lombrum.htm>, Wikipedia)

Nichtraucherkampagne gestartet

Der neuguineische Gesundheitsminister Sir Puka Temu hat zum Auftakt der diesjährigen Nichtraucherkampagne des Ministeriums auf das bereits seit dem Jahr 2016 geltende Gesetz zum Schutz der Nichtraucher hingewiesen. Der „*Tobacco Control Act 2016*“ verbietet das Rauchen an allen öffentlichen Plätzen und innerhalb aller öffentlicher Gebäude. Das Verbot gilt auch im Parlament sowie in Restaurants und Bars, wie Temu besonders betonte. Zum Schutz von Nichtrauchern darf auch im öffentlichen Personenahverkehr (Taxi, Bus) nicht ge-

raucht werden. Ahnden können die Nicht-Einhaltung des Rauchverbotes sowohl die Polizei als auch die Angestellten des *Transport Department*. Gesetzesverstöße können mit einer Geldstrafe in Höhe von 500 Kina (ca. 160 €) geahndet werden.

Info: Nach Angaben des „*Tobacco Atlas*“ sterben in Papua-Neuguinea jährlich 12.800 Menschen an den Folgen der Nikotinsucht. Mehr als 25.000 Kinder zwischen zehn und 14 Jahren rauchen täglich, bei den Erwachsenen sind es 1.457.000 Millionen. (*PNG News* 17.01.19, <https://tobaccoatlas.org/country/papua-new-guinea/>)

284 Autos weiter vermisst

Auch vier Monate nach dem Ende des APEC-Gipfels in Port Moresby wartet die Regierung weiter auf die Rückgabe von 284 (nach anderen Quellen 275) Autos. Die Regierung hatte für hochrangige Teilnehmer des Gipfels 300 Autos einfliegen lassen. 100 Autos, davon 40 hochpreisige *Maseratis* und drei *Bentley Flying Spurs*, hatte die Regierung gekauft, die anderen waren nur geliehen und hätten zurückgegeben werden müssen. Finanzminister Ken Ngangan erklärte, alle Besitzer dieser Autos machten sich strafbar. Glücklicherweise seien die *Maseratis* und die *Bentleys* in sehr gutem Zustand zurückgebracht worden. Man habe schon vor dem Gipfel geplant, diese anschließend zu verkaufen, trotzdem wögen die Einnahmen aus dem geplanten Verkauf den Verlust der geliehenen Autos nicht auf, so der Minister weiter. Vermisst werden Autos der Marken Toyota Landcruisers, Ford, Mazda und Mitsubishi Pajero.

Nach Berichten aus Neuguinea stehen einige dieser Autos fahruntüchtig und ausgeschlachtet „miten im Busch“. Die Polizei gab an, bei ihr seien neun Autos von Politikern als gestohlen gemeldet worden. (*The Guardian* 13.02.19, *NZ Herald Sun* 17.01.19, Facebook)

KitKat mit Kakao aus PNG

Der japanische Zweig des Schweizer Nahrungsmittelkonzerns Nestlé hat Ende Januar den Schokoriegel „*Sublime Volcanic KitKat*“ mit Kakaobohnen aus Papua-Neuguinea, Vanuatu und den Philippinen auf den Markt gebracht. Der Kakao des „*Sublime Volcanic Papua New Guinea*“ stammt von der Insel Karkar. Der Kakao für den philippinischen Riegel kommt von der Insel Mindanao und der Kakao für den Riegel aus Vanuatu von der Insel Malakula.

Der Riegel aus Karkar hat eine wunderschöne farbige Verpackung, die zwei Paradiesvögel inmitten von blühenden Pflanzen zeigt, in deren Mitte eine große Kakaobohne über einem Feuer spuckenden Vulkan abgebildet ist. (*Radio NZ. Intern.* 17.01.19, <https://tokyotreat.com/news/kitkat-sublime-volcanic/>)

BOUGAINVILLE

Referendum verschoben

Das für den 15. Juni des Jahres geplante Referendum über die weitere politische Zukunft der Insel Bougainville ist auf den 17. Oktober verschoben worden. Die Wahlkommission von Bougainville (*Bougainville Referendum Commission*) hatte mangels ausreichender Gelder für die Wahlvorbereitung um die Verschiebung gebeten.

Die australische Regierung unterstützt die Durchführung der Wahlen mit einer Million AUS-Dollar.

Info: Laut des „*Bougainville Peace Agreement*“ aus dem Jahr 2001 muss das Referendum über die staatliche Unabhängigkeit der autonomen Provinz Bougainville vor Juni 2020 durchgeführt werden. (<http://www.abg.gov.pg/peace-agreement/referendum>, *New Dawn FM News* 26.02.19, *Radio New Zealand Intern.* 01.03.19)

Aufruf zur Soll-Arbeitszeit

Thomas Raivet, Staatsminister für Bougainville, hat die Angestellten des Öffentlichen Dienstes zu Jahresbeginn aufgefordert, ihre tägliche Arbeitszeit nach der *Bougainville Standard Time* auszurichten. Die Beamten sollen ab sofort nur noch für tatsächlich im Büro geleistete Stunden bezahlt werden. Bisher war es unter den Angestellten üblich, sich am Morgen zu Dienstantritt nach der *Papua New Guinea Time* zu richten. Im Vergleich zu Bougainville besteht hier ein Unterschied von einer Stunde. Die Beamten kamen morgens erst um 9 Uhr ins Büro, weil dies 8 Uhr in PNG entsprach und sie sich so rechtfertigen konnten, dass sie pünktlich im Büro gewesen seien. Nachmittags hörten die Beamten eine Stunde vor Dienstschluss auf mit der Begründung, sie hätten ja schon eine Stunde zusätzlich gearbeitet. De facto waren die Mitarbeiter im Staatsdienst also nur sieben statt der üblichen acht Stunden im Büro anwesend.

Minister Raivet versprach der Bevölkerung Besserung, indem er auf das zu Jahresbeginn eingeführte Stempelsystem hinwies. Anhand der Stempelkarten könnten nun die Arbeitszeiten der Büroangestellten genau überprüft werden. (*New Dawn FM News 12.01.19*)

Eröffnung einer Fachstelle für Frauenarbeit

Am 22. Januar ist in Buka die neue Fachstelle der *Leitana Nehan Women's Development Agency* feierlich eröffnet worden. Damit hat die Nichtregierungsorganisation (NRO), die sich um die (weiblichen) Opfer der Bougainville-Krise kümmert, nun ein eigenes Büro. Zehn Mitarbeitende finden Platz, daneben gibt es Beratungsräume, Räume für Workshops, eine Küche sowie ein Frauenhaus für misshandelte Frauen und deren Kinder.

Die NRO bietet seit 20 Jahren kostenlose Trauma-Healing-Workshops, Trainings zur Gendergerechtigkeit sowie Work-

shops in den Bereichen Menschenrechte und Gewalt gegen Frauen an. Sie wurde 1992 mitten in der Bougainville-Krise gegründet, um weiblichen Opfern der Kämpfe zwischen der *Bougainville Resistance Army* und den Sicherheitskräften zu helfen. Das Motto der NRO lautet „Women weaving Bougainville together“.

Für den Neubau des Bürokomplexes haben sich die Botschaften von Japan, den USA und Neuseeland zusammengeschlossen. Die japanische Botschaft übernahm die Baukosten, die Amerikaner finanzierten die Projekte und Kampagnen der Frauenrechtsorganisation und die Neuseeländer bezahlten die Ausstattung der Räumlichkeiten. An der Eröffnung nahmen neben dem Präsidenten der Autonomen Regierung von Bougainville, John Momis, auch der stellvertretende japanische Botschafter für PNG, Hiroshi Nawata, sowie weitere Botschaftsangehörige teil. (*EM-TV 28.01.19, <https://leitananehanwomensdevelopmentagency.wordpress.com/about/>*)

SALOMONEN

Doppelte Staatsbürgerschaft

Ende Dezember hat das Parlament der Salomonen einstimmig einen Zusatzartikel in die Verfassung aufgenommen. Das *Dual Citizenship Bill 2018* regelt die Möglichkeit einer doppelten Staatsbürgerschaft.

Premierminister Rick Hou erklärte, damit hätten vor allem im Ausland lebende gebürtige Solomon Islander die Möglichkeit, ihre angebotene Staatsbürgerschaft wieder anzunehmen. Es ginge darum, Menschen, die ihre Staatsbürgerschaft aufgrund von Heirat oder Einbürgerung in einem anderen Staat verloren hätten, wieder in die Salomonen zu integrieren. Das neue Gesetz ermöglicht nun auch die Kandidatur eines Menschen mit doppelter Staatsbürgerschaft für das Parlament.

(*<https://www.solomonislandsembassy.com/news-and-press-releases/solomon-islands-passes-dual-citizenship-legislation>, Radio NZ Intern. 11.12.18*)

HIV-Infektionen

Die Abteilung für sexuell übertragbare Krankheiten innerhalb des Gesundheitsministeriums hat Ende letzten Jahres die aktuelle Statistik der Aids-Erkrankungen veröffentlicht. Demnach sind in der Hauptstadt Honiara sechs Fälle gemeldet. In der Western Province sind drei Menschen an dem HIV-Virus erkrankt, auf der Insel Guadalcanal zwei. Von den Inseln Malaita und der Provinz Temotu sind jeweils nur ein Fall bekannt.

Dr. Jackson Rakei, im Ministerium zuständig für sexuell übertragbare Krankheiten, erklärte die niedrige Rate mit der mangelhaften Testung der Bewohner der Salomonen. Es käme eigentlich niemand, um sich freiwillig testen zu lassen, da Aids nach wie vor mit einem großen Tabu belegt sei, bedauerte der Mediziner. (*SIBC 19.12.18*)

Größter Moissanit auf Malaita gefunden

Ein Team von Geologen der *Technical Institution of Malaita* hat bei East Kwara'ae auf der Insel Malaita den bislang größten Moissanit entdeckt und geborgen. Das ist ein weltweit sehr selten vorkommendes Mineral aus der Mineralklasse der Elemente. Der bisherige Größenrekord eines Moissanit lag bei 4,14 Millimetern Länge, er wurde 2012 am Fluss Kishon in Israel entdeckt. Nun fanden die Wissenschaftler ein Stück, das zwischen 15 Millimetern und an der größten Ausdehnung sogar 20 Millimeter lang war. Dies ist Weltrekord für das seltene Kristall.

Info: Der Moissanit zählt zu den härtesten bekannten natürlich vorkommenden Substanzen, lediglich Diamant ist härter. Moissanit ist wie Diamant optisch transparent, aber im Gegensatz zu diesem doppelbrechend. Die einzelnen Kristalle in natürlichen Vorkommen sind selten größer als 1 mm.

Moissanit in Edelsteinqualität konnte erstmals 1997 dargestellt werden. Synthetisch hergestellter Moissanit wird als Ersatz für Dia-

manten in Schmuck verarbeitet. Aufgrund seiner Seltenheit ist Moissanit teurer als Diamanten. Seinen Namen erhielt das Mineral von dem Franzosen Henri Moissan. Er entdeckte das Mineral 1904 in einer Mineralprobe des Canyon-Diablo-Meteoriten (Arizona, USA).

(*Solomon Star* 30.11.18, *One PNG News online* 12.02.18, *Wikipedia*)

Unterzeichnung eines Umweltschutz-Abkommens

Ende letzten Jahres hat der salomonische Premierminister Rick Houenipwela ein ganz besonderes Umweltschutz-Programm unterschrieben: Den so genannten „*Sky Islands Pledge*“ (Gelöbnis der hoch gelegenen Inseln in Melanesien). Dieses Abkommen untersagt den Holzeinschlag, den Abbau von Rohstoffen in Minen und im Tagebergbau sowie jede andere kommerzielle Umweltzerstörung oberhalb der 690 Meter Höhenlinie. Der Premier erklärte alle Gebiete oberhalb dieser Höhenlinie zum neuen Umweltschutzgebiet „*Sky Islands of Solomon Islands*“.

Mit der Unterzeichnung des Gelöbnisses verpflichtet sich die Regierung zum Schutz der Berge und Bergseen. Das Ökosystem in dieser Höhe solle bewahrt werden, heilige Plätze traditioneller Landeigner und landschaftliche Merkmale sollen geschützt werden und der Lebensraum für Tiere und Pflanzen solle ohne menschliche Eingriffe für die zukünftigen Generationen erhalten werden, erläuterten der Premier und seine Ministerie bei der Unterzeichnung des Gelöbnisses Mitte Dezember im *Kitano Mendana Hotel* in Honiara.

Info: Das Abkommen ist ein erster Schritt der neuen Klimaschutzpolitik der Salomonen „20 by 20“. Diese besagt, dass bis zum Jahr 2020 insgesamt 20 % der Landfläche der Salomonen unter Schutz gestellt werden sollen. Auf den Salomonen gibt es 13 Inseln, die höher als 690 Meter sind. Insgesamt 187.750 Hektar stehen ab sofort unter Schutz; überwiegend handelt

es sich um primären Regenwald, Nebelwälder, Bergseen und Hochtäler mit Graslandschaften.

(<https://www.islandlifemag.com/island-life-magazine/melanesian-sky-islands-engines-of-biodiversity/>, *Solomon Star* 09.12.18, *Fiji Times* 11.12.18)

Treffen mit koreanischem Botschafter

Anfang Dezember letzten Jahres hat der neue koreanische Botschafter für die Salomonen, Kang Kymgu, seine Akkreditierungsurkunde beim Generalgouverneur der Salomonen, Sir Frank Ofagiro Kabui, vorgelegt. Botschafter Kymgu betonte bei seinem Antrittsbesuch die 40-jährige Freundschaft mit den Salomonen, die bereits 1978 diplomatische Beziehungen zu Korea aufgenommen hatten.

Generalgouverneur Kabui bedankte sich für die koreanische Unterstützung und nannte exemplarisch die finanzielle Unterstützung der *National University School of Fisheries* in Honiara sowie Koreas Investitionen beim Ausbau der Häfen auf der Insel Malaita. Besonders betonte Kabui die guten Erfahrungen mit dem koreanischen Freiwilligendienst. Jährlich kämen junge Menschen aus Korea auf die Salomonen, um hier in verschiedenen Einrichtungen und Organisationen mitzuarbeiten. (*Solomon Star News* 07.12.18)

FIDSCHI

[Alle Artikel in dieser Rubrik von Oliver Hasenkamp, Vorstand Pazifik-Netzwerk, Berlin.]

Mindestens 2 Fidschianer unter den Opfern des Christchurch-Massakers

Bei dem rechtsextremistischen Terroranschlag auf zwei Moscheen in der neuseeländischen Stadt Christchurch am 15. März 2019, der mindestens 50 Menschenleben forderte, haben vermutlich auch mindestens zwei fidschianische Staatsangehörige ihr Leben verloren (Stand: 16.3.2019 MEZ; 17.3.2019 fidschianischer

Zeit). Das bestätigten fidschianische Tageszeitungen und Online-Medien nach Sichtung der Liste der Opfer. Möglicherweise befinden sich weitere Staatsangehörige unter den zahlreichen bei dem Anschlag verletzten Menschen. Unter den Opfern soll den Berichten zur Folge unter anderem Imam Hafiz Musa Patel aus der fidschianischen Stadt Lautoka sein, der sich möglicherweise nur für kurze Zeit in Christchurch aufhielt. Dies bestätigte auch die *Fiji Muslim League*, die zusätzlich darauf verwies, Patel sei noch in ein Krankenhaus gebracht worden, dort jedoch seinen Verletzungen erlegen. Wikipedia sprach in seinem Eintrag zu dem Massaker zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses noch von einem Opfer aus Fidschi.

Die deutsche Tageszeitung *Berliner Zeitung* (BZ) zitierte in einem ihrer Artikel einen Überlebenden (ebenso wie der *New Zealand Herald*), der nach eigener Auskunft im Jahr 1989 von Fidschi nach Neuseeland emigriert war. Ebenso bezogen sich der britischen *The Guardian* und das neuseeländische Internetportal *Stuff.co.nz* auf Gespräche mit Überlebenden mit fidschianischen Wurzeln. Weitere Informationen liegen aufgrund des Redaktionsschlusses derzeit noch nicht vor.

(*Fiji Sun* 16.3.19, 17.3.19, *The Guardian* 15.3.19, *Berliner Zeitung* 16.3.19, *FBC News* 16.3.19, *New Zealand Herald* 16.3.19, *Stuff.co.nz* 16.3.19, *Facebook-Seite der Fiji Muslim League*, *Wikipedia*)

Touristenzahl erreicht Rekordhoch

Nie zuvor sind so viele Touristinnen und Touristen nach Fidschi gereist wie im Jahr 2018. Das gab die Regierung Anfang März 2019 bekannt. Insgesamt hätten 870.000 ausländische Gäste das Land besucht. Somit entspräche die Anzahl der Touristinnen und Touristen im Jahr 2018 fast der Einwohnerzahl des Landes, so Fidschis Premierminister Voreqe Bainimarama.

Mit einer Ankunft von mehr als 90.000 Gästen stellte der Monat Juli außerdem einen neuen Monatsrekord auf. Es wird geschätzt,

dass die Tourismusindustrie in Fidschi derzeit etwa 890 Millionen US-Dollar pro Jahr erwirtschaftet. Die Regierung hat das Ziel vorgegeben, dass dieser Wert im Jahr 2021 die Grenze von einer Milliarde US-Dollar überschreiten soll. Aus Sicht der Regierung profitiere die Bevölkerung vom wachsenden Tourismus, da dieser neue Jobs schaffe und zu einer Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur wie dem Bau neuer Straßen und Brücken beitrage.

Nach der Veröffentlichung gab es jedoch auch Kritik am Tourismussektor. Nichtregierungsorganisationen verwiesen auf die negativen Umweltauswirkungen des Tourismussektors. Außerdem veröffentlichten zahlreiche Menschen ihre Erfahrungen und Einschätzungen, dass Einheimische von der Tourismusindustrie benachteiligt werden. Der Service gegenüber Fidschianerinnen und Fidschianern in Hotels, angeschlossenen Restaurants und weiteren touristischen Einrichtungen sei oft schlechter als der gegenüber ausländischen Gästen. Premierminister Bainimarama sagte, es müsse Anspruch sein, dass der Tourismus allen und nicht nur einigen wenigen Fidschianerinnen und Fidschianern oder sogar nur großen ausländischen Hotelketten diene. Er forderte touristische Einrichtungen dazu auf, Einheimische mit derselben Gastfreundschaft zu empfangen wie ausländische Gäste. (*Radio New Zealand International 5.3.19, 6.3.19*)

GB unterzeichnet „Post-Brexit-Deal“ mit Fidschi und Papua-Neuguinea

Der möglicherweise kurz bevorstehende Austritt („Brexit“) Großbritanniens (GB) aus der Europäischen Union (EU) hat auch Auswirkungen auf die pazifischen Inselstaaten. Für die meisten Staaten der Region, darunter insbesondere Fidschi, ist Großbritannien der wichtigste europäische Handelspartner. Bisher sind die Beziehungen zwischen den einzelnen Staaten und Europa auf Ebene der Europäischen Union

geregelt, insbesondere über die Gruppe der sogenannten AKP-Staaten. Der Gruppe gehören vor allem die früheren Kolonien der bisherigen EU-Mitgliedsstaaten in Afrika (A), Karibik (K) und dem Pazifik (P) an, denen vergünstigter Zugang für seine Produkte zum europäischen Markt zugestanden wird. Mit dem Austritt des für Fidschi und viele seiner Nachbarstaaten wichtigen Partners Großbritannien aus der EU erlöschen diese Abkommen und Sonderrechte für die Einfuhr entsprechender Waren nach Großbritannien.

Mit Fidschi und Papua-Neuguinea hat Großbritannien nun ein Wirtschaftsabkommen für die Zeit nach dem Brexit abgeschlossen. Das Abkommen sichere insbesondere den Zugang von Zucker- und Fisch-Importen aus Fidschi und Papua-Neuguinea zum britischen Markt. Für Fidschi sind traditionell der Anbau von Zuckerrohr und der Handel mit Zucker ein wichtiger Wirtschaftsbestandteil, auch wenn dieser in den vergangenen Jahren aufgrund steigender Konkurrenz bereits deutlich zurückgegangen ist. Der mögliche Wegfall des britischen Marktes für Zucker-Exporte hätte die Industrie möglicherweise vor neue große Herausforderungen gestellt, da Fidschi jenseits der von der EU gewährten Sonderrechte schon seit Jahren mit den Preisen des Weltmarktes nicht mehr mithalten kann.

Während mit dem Abkommen alle Zölle auf Waren aus Fidschi und Papua-Neuguinea, die bei der zukünftigen Einfuhr nach Großbritannien gezahlt werden müssten, aufgehoben werden, sollen über einen Zeitraum von mehreren Jahren auch die Zölle für etwa 80% der britischen Güter, die von Fidschi und Papua-Neuguinea importiert werden, wegfallen.

Die beiden pazifischen Staaten gehören derzeit zu einer kleinen Anzahl von Staaten – darunter die Schweiz, Chile und die Färöer-Inseln –, die bereits ein Post-Brexit-Abkommen mit Großbritannien abgeschlossen haben, während zahlreiche größere Staaten wie Japan, die Türkei oder Südkorea sich bisher weigern, Abkommen zu den von Großbritannien

genannten Bedingungen zuzustimmen. Nur einen Tag vor dem Abschluss des Abkommens mit Fidschi und Papua-Neuguinea hatte die britische Regierung angekündigt, im Falle eines ungeregelten Brexits möglicherweise zumindest vorübergehend die anfallenden Zölle für Waren aus den meisten Staaten der Welt auszusetzen, um negative Auswirkungen auf die britischen Konsumentinnen und Konsumenten zu vermeiden. Sollte das britische Parlament doch noch das zwischen der EU und der britischen Regierungschefin Theresa May ausgehandelte Austrittsabkommen annehmen, würde das nun beschlossene Post-Brexit-Abkommen mit Fidschi und Papua-Neuguinea jedoch voraussichtlich (sofern sich die EU nicht auf gravierende Nachverhandlungen einlässt) wieder seine Gültigkeit verlieren. (*Guardian 14.3.19, Express 14.3.19, Radio New Zealand International 14.2.19, FBC News 14.3.19*)

Fiji Airways nach Unglück von Flugverboten für Boeing 737 MAX 8 betroffen

Nach dem Absturz einer Maschine der *Ethiopian Airlines* auf dem Weg von Adis Abeba nach Nairobi mit 157 Toten am 10. März 2019 ist auch die fidschianische Fluggesellschaft *Fiji Airways* (früher: *Air Pacific*) von den Lande- und Startverboten für Flugzeuge des Typs Boeing 737 MAX 8 betroffen und musste zwei seiner Maschinen vorübergehend stilllegen. Der Absturz in Äthiopien, bei dem unter anderem zahlreiche UN-Bedienstete und internationale Gäste auf dem Weg zur UN-Umweltkonferenz in Nairobi ihr Leben verloren, war bereits der zweite Absturz einer erst kurz zuvor in Betrieb genommenen Boeing 737 MAX 8 innerhalb von nur fünf Monaten. Für die Abstürze wird ein möglicher Fehler in der Bord-Software verantwortlich gemacht.

Fidschis Premierminister Voreqe Bainimarama kondolierte den betroffenen Ländern und den Vereinten Nationen; die lokale Presse berichtete, dass Mitglieder der fid-

schianischen Delegation zur UN-Umweltkonferenz einen Tag vor dem Unglück auf derselben Strecke und mit derselben Maschine von Adis Abeba nach Nairobi geflogen seien.

Kurz nach dem Unglück *hatte Fiji Airways* noch bekanntgegeben, vollstes Vertrauen in seine Flugzeugflotte haben und die Maschinen weiter einsetzen zu wollen. Nachdem sowohl Australien als auch Neuseeland ebenso wie zahlreiche andere Länder die Starterlaubnis für die Boeing 737 MAX 8 zurückgezogen haben und auch der Hersteller zu einer vorübergehenden Stilllegung der Flugzeuge bis zu den Ergebnissen der Auswertung des jüngsten Unglücks aufrief, blieb der fidschianischen Fluggesellschaft keine andere Option, als sich für einen Verbleib der Maschinen am Boden zu entscheiden. Eine in Sydney befindliche Maschine wurde ohne Passagiere nach Fidschi zurückgebracht. Mittlerweile hat auch die fidschianische *Civil Aviation Authority* ein Startverbot für Flugzeuge des betroffenen Modells ausländischer Fluggesellschaften herausgegeben. Ob *Fiji Airways* sich an einer möglichen Klage gegen den Hersteller Boeing, um Entschädigungen für Flugausfälle zu erhalten, beteiligen will, ist noch nicht bekannt. (*FRBC News* 13.3.19, *Flight Global* 13.2.19, *Radio New Zealand International* 11.3.19, 13.3.19)

Europäische Union setzt Fidschi auf schwarze Liste der Steuervermeider

Die Europäische Union hat Fidschi auf seine schwarze Liste der Länder gesetzt, die aus Sicht des Staatenbündnisses zur Praxis der Steuervermeidung beitragen. Damit drohen Fidschi Einschränkungen bei Geldtransfers aus der Europäischen Union (EU). Die EU-Staaten hatten die schwarze Liste der Steuervermeider erstmals im Dezember 2017 erstellt, nachdem es zuvor Enthüllungen über groß angelegte Steuervermeidungen durch große Konzerne und Einzelpersonen, teils mittels Briefkastenfirmen, gegeben hatte. Auf der Lis-

te stehen Staaten, deren Steuer-gesetzgebung nicht mit den Richtlinien der Europäischen Union übereinstimmt.

Zusammen mit Fidschi wurden auch die pazifischen Staaten Vanuatu und die Marshall-Inseln auf die schwarze Liste der EU gesetzt. Zur Begründung nannte die EU, insbesondere Vanuatu und die Marshall-Inseln förderten Offshore-Strukturen mit dem Ziel, Gewinne ohne tatsächliche wirtschaftliche Substanz zu erwirtschaften, während Fidschi schädliche präferentielle Steuerregelungen immer noch nicht beseitigt habe.

Die drei Staaten waren bereits vor einem Jahr von der EU ermahnt worden, ihre steuerrechtliche Praxis zu ändern – damals setzte die EU auch bereits Samoa, Amerikanisch-Samoa und Guam auf die Liste der Steuervermeider. Außerdem setzte die EU nun auch den Cook-Inseln eine Frist von einem Jahr, um seine Steuer-Praxis zu überarbeiten.

Vanuatus Außenminister Ralph Regenvanu äußerte sich nach Bekanntgabe der Länder-Liste auf Twitter mit Ironie: Ob man auf der Liste sei oder nicht, sei vergleichbar mit einem Fußballspiel, dessen Regeln sich ständig änderten, deren Torpfosten stetig versetzt würden und deren Schiedsrichter oft wechselten, twitterte der Minister. Auch aus anderen pazifischen Staaten kommt Kritik an der Liste der EU und der Ergänzung der drei pazifischen Staaten. Insbesondere wird kritisiert, dass sich die Vorgaben der EU so häufig ändern, dass es für die kleinen pazifischen Staaten kaum möglich sei, die Gesetzgebung und ihre Umsetzung fortlaufend an den sich ändernden Ansprüchen der EU-Staaten auszurichten.

Info: Neben der schwarzen Liste stehen 34 weitere Staaten und Gebiete auf einer sogenannten grauen Liste. Die EU nimmt deren Steuerpraktiken genauer unter die Lupe. (*Handelsblatt* 12.03.19, *Radio New Zealand International* 13.3.19, *FBC News* 13.3.19, *Mitarbeit Julia Ratzmann*)

Opposition kritisiert Kürzung der Parlamentssitzungen

Das fidschianische Parlament hat im Februar beschlossen, die Anzahl der Parlamentssitzungen im Jahr 2019 zu reduzieren. Das Parlament soll nun zu insgesamt sieben Sitzungswochen zwischen April und November zusammenkommen, die Sitzungswochen für März und Juli wurden gestrichen. Die Abgeordneten der oppositionellen *National Federation Party* (NFP) kritisieren, der Schritt bedeute eine große Ungerechtigkeit gegenüber den Steuerzahlern. Lediglich an 35 Tagen käme das Parlament laut dem neuen Parlamentskalender im Jahr 2019 noch zusammen, was die bereits erfolgten Sitzungen im Februar bereits beinhalte.

Die Regierungspartei *Fiji First*, die nach der Wahl im November 2018 nur noch über eine hauchdünne Mehrheit im Parlament verfügt (siehe letzte Ausgabe der Pazifik-Aktuell), argumentiert, mit der Reduzierung der Parlamentssitzungen reagiere man auf die Rückmeldungen von Abgeordneten, das Arbeitspensum kaum bewältigen zu können. Außerdem wolle man auch die Parlamentsausschüsse stärken, die somit mehr Zeit für ihre Beratungen erhielten. Die NFP schlug vor, stattdessen lieber auf die morgendlichen und nachmittäglichen „Tee-Pausen“ zu verzichten.

Die größere Oppositionspartei SODELPA unterstützte den Antrag zur Reduzierung der Sitzungswochen letztlich, hätte sich aber in den Verhandlungen mehr Zeit für die Entscheidung gewünscht. Mit diesem Vorschlag seien sie im sogenannten „Business Komitee“ – dem Parlamentsausschuss, der sich mit dem Vorschlag befasste, bevor er im Plenum abgestimmt wurde – jedoch gescheitert. (*Fiji Times* 15.2.19, 18.2.19)

Fidschi prüft Verbot von Fischernetzen

Die fidschianische Regierung prüft ein teilweises Verbot der Benutzung von Netzen für den Fisch-

fang, um negative Begleiterscheinungen der Fischfangpraxis für maritime Lebewesen zu minimieren. Der für Fischerei zuständige Minister Semi Koroilavesau sagte, dass sich insbesondere in Treibnetzen irrtümlicherweise zahlreiche Tiere, darunter auch bedrohte Tierarten, verfingen und zu Tode kämen. Die Nutzung von Netzen trägt laut dem Ministerium dazu bei, dass sowohl unbeabsichtigt Tierarten gefangen würden, als auch oft eine zu große Anzahl an Fischen als eigentlich erforderlich.

Studien der letzten Jahre hätten gezeigt, dass einige Fischbestände in Fidschi in den vergangenen 30 Jahren um 70% zurückgegangen seien. Eine Studie des fidschianischen Fischereiministeriums und der Universität von Hongkong schlägt auch vor, ein vorübergehendes Fangverbot für bestimmte Fischarten zu erlassen, welches insbesondere für die Fortpflanzungszeit gelten soll.

Währenddessen hat das Fischereiministerium zu Beginn des Jahres auch ein bereits seit längerer Zeit bestehendes Moratorium zum Fang von Meeresschildkröten verlängert. (*Radio New Zealand International 1.3.19, Facebook*)

VANUATU

† Mungau Dain

Der Laien-Schauspieler Mungau Dain von der Insel Tanna ist am 5. Januar an einer unbehandelten Entzündung einer Wunde am Bein gestorben. Er erlag einem septischen Schock.

Dain wurde als „*Vanuatus Brad Pitt*“ weltweit durch den Oskarnominierten Film „*Tanna - Eine verbotene Liebe*“ aus dem Jahr 2015 bekannt.

Der knapp zweistündige Film der australischen Regisseure Bentley Dean und Martin Butler ist der erste komplett auf der Insel Tanna mit Laien gedrehte Film. Die Liebesgeschichte mit tödlichem Ausgang war für den Auslands-Oskar nominiert und gewann acht internationale Filmpreise.

Für die Filmaufnahmen waren Regisseur Dean, seine Ehefrau (und Drehbuchautorin) Janita Suter und ihre beiden Kinder für sieben Monate in das Dorf des Stammes Yakel nach Tanna umgesiedelt. Die Familie integrierte sich in das Dorfleben der rund 200 Dorfbewohner und der Regisseur suchte sich vor Ort „Schauspieler“ für sein Drama aus. Auch Dains Filmpartnerin, Marie Wawa, stammt aus dem Dorf und hatte zuvor keine Schauspielerefahrung.

Mungau Dain starb mit 24 Jahren. Er hinterlässt seine Ehefrau Nancy und drei kleine Kinder.

(*The Guardian 07.01.19, <https://www.nytimes.com/2019/01/10/obituaries/mungau-dain-dead.html>, Wikipedia*)

KANAKY (NEUKALEDONIEN)

[Alle Artikel in dieser Rubrik sind von Dr. Matthias Kowasch, Vorstand Pazifik-Netzwerk, Graz.]

Neukaledonien verbietet Plastik für den einmaligen Gebrauch

Das neukaledonische Parlament hat am Donnerstag, den 27. Dezember 2018 ein Gesetz verabschiedet, welches den Import von Plastikgegenständen für den einmaligen Gebrauch ab Mai 2019 untersagt. Ziel ist der Schutz von Ökosystemen.

Plastiktüten, Plastikstrohhalme, Plastikbecher und Plastikbehälter für Lebensmittel wie z.B. Pommes Frites sollen ab dem 1. Mai 2019 in Neukaledonien verboten sein. Eine Entscheidung, die von der Mehrheit der Neukaledonier wie Nina Julié, Mitglied der Regierungspartei *Calédonie Ensemble*, die das Gesetz auf den Weg gebracht hat, begrüßt wird: „*Unsere Plastikproduktion ist zu groß. Bei Tüten werden beispielsweise 215 pro Einwohner und Jahr in Neukaledonien benutzt. Das ist zu viel, wenn man weiß, dass ein großer Teil davon in der Umwelt zu finden ist, während unsere außergewöhnliche Natur unser Reichtum ist.*“

Aufgrund seiner außergewöhnlichen Artenvielfalt gilt Neukaledonien als Biodiversitäts-Hotspot (IUCN, 2012; Muriene, 2009; Pouteau und Birnbaum, 2016). Das IUCN (2012) listet insgesamt 3.261 einheimische Pflanzenarten auf, wovon 74% als streng endemisch gelten. Damit hat das französische Überseegebiet fast genauso viele Pflanzenarten wie ganz Europa (3.500 Arten). Neukaledonien beherbergt 106 Arten endemischer Reptilien, 6 endemische Arten Fledermäuse und 4.500 wirbellose Arten (davon 90% endemisch). Die Vogelwelt der Inselgruppe umfasst 23 Arten endemischer Vögel.

Wirtschaftlich gesehen werden Industrie und Privatpersonen gezwungen, Plastik durch umweltfreundlichere Produkte zu ersetzen, die ganz oder teilweise aus organischen Materialien hergestellt werden. Die Unabhängigkeitspartei *FLNKS* (Front de Libération National Kanak et Socialiste) unterstützt die Initiative. „*Wir haben hier die Möglichkeit, auf ein internationales Anliegen zu reagieren, das unser Land, welches sich durch eine große Artenvielfalt auszeichnet, in besonderer Weise betrifft*“, fasst Emile Néchéro zusammen.

Angesichts des kurzen Zeitrahmens für die Umsetzung der Normen halten einige Politiker die Maßnahme jedoch für zu radikal: „*Es wird eine Übergangszeit brauchen, um Plastik zu ersetzen. Wenn die lokale Produktion für organische Ersatzstoffe in Bezug auf Menge und Preis nicht der Aufgabe gewachsen ist, sind wir blockiert*“, sagte z.B. Philippe Blaise, Präsident des *Mouvement Républicain Calédonien*.

Thierry Santa vom *Rassemblement-MPC* ist ähnlicher Meinung. Für ihn würde die Anwendung dieses Gesetzes „*den Druck auf die Akteure der Wirtschaft und die Neukaledonier, die in letzter Zeit bereits viele Veränderungen erfahren mussten, nur noch verstärken*“.

Um die Bedenken auszuräumen, versucht Nina Julié auf die Möglichkeiten, mit diesem Gesetz

neue Berufsfelder zu entwickeln, aufmerksam zu machen: „Das sind neue Arbeitsplätze für unsere Wirtschaft. Natürlich müssen die Institutionen die Unternehmen in diesem Prozess unterstützen.“

In diesem Sinne wurde im November 2018 von der Landwirtschaftskammer eine Sensibilisierungskampagne gestartet, um lokale Produzenten dabei zu unterstützen, diesen ökologischen Wandel zum Erfolg zu führen.

(Calédonie 1ère (2018). *La Nouvelle-Calédonie adopte la loi contre l'importation de certains produits plastiques*. Online: <https://la1ere.francetvinfo.fr/nouvellecaledonie/nouvelle-caledonie-adopte-loi-contre-importation-certaines-produits-plastiques-665003.html> (27.12.2018)

IUCN (2012). *The wonders of New Caledonia*. Online:

<https://www.iucn.org/content/wonders-new-caledonia> (letzter Zugriff: 01.11.2018)

Murienne, J. (2009). *New Caledonia: Biology. Encyclopedia of islands*, S. 643-645.

Le Monde (2018). *La Nouvelle-Calédonie interdit le plastique à usage unique*. Online: https://www.lemonde.fr/planete/article/2018/12/28/la-nouvelle-caledonie-interdit-le-plastique-a-usage-unique_5402869_3244.html (28.12.2018)

Pouteau, R. und Birnbaum, P. (2016). *Island biodiversity hotspots are getting hotter: vulnerability of tree species to climate change in New Caledonia*. *Biological Conservation* 201, S. 111-119.)

Glencore legt seinen Geschäftsbericht 2018 vor

Die Zunahme der Nickelproduktion der Koniambo-Fabrik im Norden Neukaledoniens ermöglicht es dem Anglo-Schweizer Bergbaubouriesen *Glencore*, 49 %-Anteilseigner des Projektes, seine globale Nickelproduktion zu erhöhen.

Im Geschäftsbericht 2018 stellt der Rohstoffhändler *Glencore* seine globale Nickelproduktion in Kanada, Australien und Neukaledonien heraus.

Die Nickelproduktion erreichte demnach insgesamt 123.800 Tonnen, ein Plus von 15.000 Tonnen, hauptsächlich aufgrund der Zunahme der beiden Produktionslinien der Koniambo-Fabrik. Die Nickelproduktion von Koniambo erreichte im Jahr 2018 28.300 Tonnen. Sie lag 62% über dem Wert von 2017 von 17.500 Tonnen und spiegelt den ganzjährigen Betrieb der Anlage mit zwei Hochöfen wider. Es wird erwartet, dass durch

den schrittweisen Ausbau der Kapazitäten die volle Produktionskapazität spätestens 2022 erreicht werden kann.

Der anglo-schweizerische Konzern berichtet, dass er insgesamt bereits 215 Millionen US-Dollar in den Industrie- und Bergbaustandort in Neukaledonien investiert hat. Weltweit macht Nickel 5% des Brutto-Betriebsüberschusses von *Glencore* aus. Die Analysten sind optimistisch, was die Preisentwicklung im Jahr 2019 betrifft. Im Jahr 2018 lag der durchschnittliche Nickelpreis an der Londoner Metallbörse, der sogenannten LME (London Metal Exchange) bei 13.118 US-Dollar pro Tonne, ein Plus von 26% gegenüber 2017 (10.414 US-Dollar pro Tonne).

Im Jahr 2018 lag der Verbrauch von Nickel weit über dem Angebot, was insbesondere auf die stark wachsende Nachfrage nach Edelstahl, Batterien, Sonderstählen und Nickellegierungen zurückzuführen ist. Der Einsatz von Nickel in Sonderstahl und Nickellegierungen übertraf aufgrund des hohen Auftragseingangs in der Petrochemie und Luft- und Raumfahrt die Erwartungen von *Glencore*.

Die Nachfrage nach Primärnickel für Elektroautobatterien hat sich 2018 ebenfalls beschleunigt, mit jährlichen Wachstumsschätzungen von über 35 %. Die weltweite Nickelproduktion im Jahr 2018 wird auf 2,2 Millionen Tonnen geschätzt. Insgesamt überstieg der Nickelbedarf nach den Schätzungen von *Glencore* zum dritten Mal in Folge das Angebot um fast 200.000 Tonnen. Selbst bei einer konservativen Schätzung der Nachfrage im Jahr 2019 geht der kurzfristige Ausblick von anhaltenden Defiziten und einem weiteren Rückgang der primären Nickelbestände aus. (Calédonie 1ère, online: <https://la1ere.francetvinfo.fr/nouvellecaledonie/glencore-2018-petit-petit-koniambo-nickel-fait-son-nid-684712.html?fbclid=IwAR2NbluNzWfUPXylyoDQbA-naLj9nOvLJTQqo88W5xYY6BvPW9Mu9q6N2dlU> (28.02.2019), Kowasch 2019)

MIKRONESIEN

Schulabschluss für Kriegsveteranen

Guam: Veteranen des Zweiten Weltkriegs haben über 70 Jahre nach Kriegsende nachträglich ihren High-School-Abschluss mit einer offiziellen Graduierungszereemonie gefeiert und ihr Abschlusszeugnis erhalten. Die Verleihung der Abschlussdiplome fand an der *George Washington High School* in Mangilao im Rahmen der jährlichen Graduierungsfeier für Schülerinnen und Schüler des jetzigen Abschlussjahrgangs statt. Die Absolventen im Alter zwischen 70 und 92 Jahren waren zu der Zeit, als der Zweite Weltkrieg ausbrach, Schüler der High School. Sie konnten nicht weiter zur Schule gehen, weil sie entweder eingezogen wurden oder zu Hause in den Familien den abwesenden Vater vertreten und zum Familieneinkommen beitragen mussten.

Als die Japaner am 8. Dezember 1941 nach dem Überfall auf Pearl Harbour mit der Bombardierung Guams begannen, waren viele Familien gezwungen, die Hauptstadt Hagåtña zu verlassen und sich auf dem Land in Sicherheit zu bringen. Ein Schulbesuch war dort nicht möglich. Viele der heutigen Senioren konnten auch erst spät in ihren Teenager-Jahren mit der Schule beginnen, nachdem die Kriegshandlungen im August 1944 nach dem Sieg der US-Armee über die Kaiserlich Japanische Armee beendet worden waren.

Info: Bereits seit 2014 konnten Kriegsveteranen durch eine Gesetzesänderung (Public Law 32-115) den Antrag auf Ausstellung eines High-School-Zeugnisses stellen. Vorausgegangen war eine Änderung des Arbeitsrechtes, nachdem Berufstätige sich nur noch mit einem anerkannten High-School-Abschluss in bestimmten Berufen bewerben konnten. Etlliche der älteren Arbeitnehmer konnten dieses Zeugnis nicht nachweisen und waren von Ar-

beitslosigkeit bedroht. Gouverneur Eddie Calvo hatte sich daher für die Gesetzesänderung und die späte Anerkennung der Schulausbildung eingesetzt. Der Bürgermeister von Sinajana, Mayor Robert Hofmann, unterstützte die Initiative und erklärte, der nachträglich verliehene Schulabschluss sei eine Ehrenbezeugung für diejenigen, die ihre Schul- und Berufsausbildung zugunsten einer Kriegsteilnahme abbrechen mussten.

Bisher haben 28 Seniorinnen und Senioren nachträglich ihr Schulabschlusszeugnis erhalten. Die „jüngste“ Absolventin war 77 Jahre alt, die älteste 95 Jahre. Die Senioren zeigten sich gerührt bei der Zeugnisvergabe. Der 82-jährige William Mendiola Roberto Sr. erklärte nach der Graduierungszeremonie an seiner ‚alten‘ Schule im Februar des Jahres, er sei dankbar, dass seine zehn Kinder und Enkelkinder in Frieden aufwachsen konnten und Bildung genossen haben. Er leide noch heute an den Traumata seiner Kindheit, in der er von japanischen Soldaten aus dem Haus gejagt und in das Gefangenenlager Yona transportiert worden war. *(Sonderausgabe der Guam Pacific Daily News 29.07.17, 09.02.19, <http://gvao.guam.gov/>, Wikipedia)*

Waqa unterstützt Taiwan

Nauru: Bei einem Treffen mit Taiwans Präsidentin Tsai Ing-wen im Rahmen eines fünftägigen Besuchs in Taipei (Taiwan) hat Naurus Präsident Baron Divavesi Waqa die diplomatischen Beziehungen zwischen Nauru und Taiwan bestätigt. Taiwan sei ein langjähriger loyaler Partner und dies würde während seiner Präsidentschaft auch so bleiben, betonte der Präsident auf die Frage eines Reporters hin nach der von China vorgeschlagenen neuen Politik „One China, two systems“.

Nauru erkenne die Republik Taiwan als eigenständigen Staat an und betrachte diesen als Exzellenzbeispiel für gelungene Regierungsführung, so Waqa weiter. Frieden, Freiheit, Demokratie und

gegenseitige Hilfe von Partnerländern seien Werte, die beide Staaten teilten. Naurus Bevölkerung sei zwar klein, doch sei das Land ein unerschütterlicher Freund von Taiwan und wisse dessen Partnerschaft zu schätzen, versicherte Waqa und fügte hinzu, er hege die Hoffnung, dass sich Taiwans Einfluss in der Region weiter ausdehnen werde, damit die bilateralen Beziehungen noch stärker werden könnten. In Bezug auf die chinesische Expansionspolitik im Pazifik äußerte sich Waqa verhalten kritisch. Nauru sei nicht einverstanden mit Chinas Strategie, einzelne Pazifikstaaten dominieren zu wollen und sich Anerkennung durch Kredite und Zuwendungen „kaufen“ zu wollen.

Präsident Waqa, der in Ozeanien als gesellig und humorvoll bekannt ist, beendete das Gipfeltreffen mit der taiwanesischen Präsidentin Tsai Ing-wen singend mit einem eigens komponierten Freundschaftslied auf der Ukulele, die ihm die taiwanesischen Präsidentin zu Beginn der bilateralen Gespräche geschenkt hatte.

Info: Taiwan und Nauru unterhalten eine langjährige Zusammenarbeit in Bereichen wie Landwirtschaft, saubere Energie, Kultur, Gesundheitsfürsorge und öffentliche Gesundheit. *(Taiwan heute 10.01.19, Focus Taiwan News Channel 11.01.19)*

Palau wechselt Allianzen

Palau: Die Republik Palau erkennt seit Januar des Jahres den Kosovo nicht mehr als unabhängigen Staat an. Seit 2009 hatte Palau den Kosovo anerkannt.

Ende Januar traf sich Palaus Präsident Tommy Remengesau mit dem serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić in Belgrad (Serbien). Nach diesem Treffen erklärte Remengesau, man würde nun Serbien als unabhängigen Staat anerkennen und das Kosovo als autonome Provinz innerhalb Serbiens. Remengesau riet dazu, den Konflikt zwischen den beiden Ländern mit Hilfe von Unterhändlern der

Europäischen Union beizulegen und sich friedlich über die Staatenfrage zu einigen.

Info: Der Kosovo ist eine Republik in Südosteuropa auf dem westlichen Teil der Balkanhalbinsel. Er war ehemals Bestandteil der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, danach der ab 1992 neu konstituierten föderativen Bundesrepublik Jugoslawien und seit 2003 eine Teilregion der Republik Serbien. Die Republik Kosovo hat etwa 1,9 Millionen Einwohner. Hauptstadt und größte Stadt ist Pristina.

Die jüngere Geschichte ist durch den Kosovokrieg von 1999 und dessen Folgen geprägt. Der völkerrechtliche Status des Landes ist umstritten. Die serbische Regierung betrachtet den Kosovo formal als seine autonome Provinz Kosovo und Metochien.

Am 17. Februar 2008 proklamierte das Parlament des Kosovo die Unabhängigkeit des Territoriums. 114 der 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen erkannten die Republik Kosovo als unabhängig an.

Seit Oktober 2017 haben neben Palau noch weitere 12 Staaten (u.a. die Salomonen) ihre Anerkennung des Kosovo zurückgezogen, zuletzt im Juli letzten Jahres auch Papua-Neuguinea.

(Radio NZ Intern. 22.01.19, <https://volksgruppen.orf.at/slovenci/meldungen/stories/2960317/>, Wikipedia)

MARSHALL-INSELN

Neuer Gesundheitsminister

Seit Januar 2019 ist der gebürtige US-Amerikaner Jack Niedenthal Gesundheitsminister (*Secretary of Health & Human Services*) der Marshall-Inseln. Er konnte sich gegen zwei andere Kandidaten durchsetzen.

Der 60-jährige Autor mehrerer Sachbücher zur atomaren Vergangenheit der Marshall-Inseln und Filmemacher war 1981 auf die Inseln gekommen. Von 1981 bis 1984 war er als Freiwilliger für das amerikanische *Peace Corps* auf dem Atoll Namu. Von 1987 bis 2016 arbeitete er als so genannter

„Liaison Officer“ für die Provinzregierung des Bikini-Atolls. Hier zeichnete er u.a. für die Kompensationszahlungen aus dem *Bikini Atoll Trust Fund* verantwortlich und betrieb nebenberuflich eine Tauchstation für Touristen. Seit 2017 ist er Generalsekretär des Roten Kreuzes (*Marshall Islands Red Cross Society*). Im Dezember 2000 erhielt Niedenthal für sein Engagement für die Aufarbeitung der Atomtest-Vergangenheit auf Bikini ehrenhalber die marshallische Staatsbürgerschaft, was ihm die Möglichkeit eröffnete, sich auf Regierungsjämter zu bewerben.

Jack Niedenthal ist seit über 25 Jahren mit Regina (gebürtig vom Atoll Bikini) verheiratet. Das Paar hat fünf Kinder, drei eigene und zwei adoptierte, sowie zwei Enkelkinder.

(<https://peacecorpsworldwide.org/jack-2/>,
Marshall Islands Journal 11.01.19)

Diplomaten vereidigt

Mitte Februar legten die vom Parlament (*Nitijela*) der Marshall-Inseln kürzlich ernannten Botschafter Doreen Frances deBrum (eine Tochter des 2017 verstorbenen Außenministers Tony deBrum) und Treggar Albon Ishoda vor Präsidentin Dr. Hilda Heine und dem obersten Richter ihre Amtseide ab.

Treggar Ishoda wurde vom stellvertretenden Botschafter in Suva (Fidschi) zum Botschafter der Marshall-Inseln auf Fidschi ernannt. Er ist außerdem nicht-residentieller Botschafter für Australien und Neuseeland. Des Weiteren vertritt er die Marshall-Inseln in regionalen pazifischen Organisationen wie dem *Pacific Islands Forum Secretariat*, der *Pacific Community* und dem *Secretariat of the Pacific Regional Environment Program*.

Doreen deBrum geht als Botschafterin in das schweizerische Genf. Dort vertritt sie die Marshall-Inseln bei den Vereinten Nationen, der Europäischen Union und weiteren in Genf ansässigen internationalen Organisationen.

Die Schweiz stellt deBrum (Jahrgang 1962) für die nächsten vier Jahre dafür ein eigenes Büro sowie eine Sachbearbeiterin zur Verfügung.

Info: Bereits seit etlichen Jahren hatte sich die Regierung der Marshall-Inseln um eine ständige Vertretung in Genf bemüht, das Vorhaben war jedoch stets an den hohen Unterhaltskosten für ein Büro gescheitert.

Außenminister John Silk zeigte sich sehr zufrieden mit den neuen Botschaftern. Sie gehörten zu einer neuen Generation von Marshall-Islandern, die politische Verantwortung auf dem internationalen Parkett wahrnahmen. Eine Besonderheit sei auch die hohe Dichte von Frauen auf dem diplomatischen Parkett, betonte Silk. So wurde bereits im November vergangenen Jahres Frau Neijon Edwards als Botschafterin für Taiwan vereidigt. Sie diene zuvor als Botschafterin in Hawai'i. Seit längerer Zeit im Amt ist Frau Amatlain Kabua als Botschafterin der Marshall-Inseln bei den Vereinten Nationen in New York. (*Marshall Islands Journal* 30.11.18, 22.02.19)

30 Jahre diplomatische Beziehungen mit Japan

Anlässlich des 30-jährigen Jubiläums der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Japan und den Marshall-Inseln hat eine Einheit der *Japan Air Self Defense Force* eine Sachspende nach Majuro gebracht.

Die japanischen Soldaten überreichten Präsidentin Dr. Hilda Heine und dem Außenminister John Silk insgesamt acht Rollstühle, 30 komplette Baseball-Sets mit Handschuhen, Helmen und Schlägern, 150 Volleybälle sowie Sportschuhe. Die Sportsachen sind zum Verteilen an Schulen in Majuro gedacht.

Ebenfalls anlässlich des Jubiläums hat die japanische Regierung über ihr Programm „*Grant Assistance for Grassroots Human Security Projects*“ eine Gesundheitsstation in Woja auf dem Ailinglaplap Atoll

finanziert. Die Station soll mit einer ausgebildeten Krankenschwester und Kinderpflegerin besetzt werden, die Sprechstunden für Kranke durchführen sowie Kurse für schwangere Frauen und Patienten mit chronischen Krankheiten wie Diabetes geben soll. Die Regierung der Marshall-Inseln finanzierte direkt neben der Gesundheitsstation eine Polizeiwache, so dass in Woja ein kleines Dienstleistungszentrum entstanden ist. (*Marshall Islands Journal* 30.11.18, 21.12.18)

Aktivistin spricht auf Konferenz zu sozialer Gerechtigkeit

Die marshallische Klima-Aktivistin, Autorin und Poetry-Slammerin Kathy Jetřil-Kijiner ist eine der Hauptrednerinnen auf der „*National Conference on Race and Ethnicity in American Higher Education*“ (NCORE) vom 28. Mai bis zum 1. Juni in Portland (Oregon, USA).

Auf der von der *University of Oklahoma* ausgerichteten Konferenz wollen Studierende, Lehrende, Mitglieder von Nichtregierungsorganisationen, Mitarbeiter in Kultusämtern und interessierte Einzelpersonen über Fragen sozialer Gerechtigkeit innerhalb eines multi-nationalen und multi-ethnischen Umfelds diskutieren. Dazu finden 350 Veranstaltungen wie Vorträge, Workshops, Projektarbeit und Seminare statt. Schwerpunkt der Konferenz ist die Frage nach der Diskriminierung von z.B. Behinderten, Farbigen, Nicht-Christen und Menschen diverser geschlechtlicher Ausrichtung im Lehr- und Universitätsbetrieb. Die Konferenz trägt das Motto: „Engage. Energize. Inspire.“

(<https://www.ncore.ou.edu/en/pdx/keynote-1/>)

KIRIBATI

Menschenrechtstraining für Lehrer

12 Grundschul- und Sekundarlehrer sowie 15 Lehramtsanwärter haben Ende Januar in Tarawa ein dreitägiges Training zu Menschenrechten, inklusiver Bildung und zu Geschlechtergerechtigkeit durchlaufen.

Der Workshop wurde vom *Regional Rights Resource Team* der *Pacific Community* im Rahmen des Programmes „End violence against women and girls“ durchgeführt. Finanziert wird dieses Programm unter anderem aus Mitteln der Europäischen Union.

Die im Training vermittelten Fähigkeiten wie z. B. die Inklusion behinderter SchülerInnen gehören zum neuen Lehrplan der Schulen in den Marshall-Inseln, Tuvalu und auf Kiribati. Vor allem Grundschullehrer sollen in den speziellen Workshops an die Themen herangeführt werden, damit die Kinder in einem sozial gerechten und fairen Umfeld aufwachsen. Deshalb wurde das Training auch auf die Fortbildungspunkte der Lehrer und zukünftigen Lehrer angerechnet. (*Pressemitteilung SPC News 28.01.19*)

POLYNESIEN

WEST- UND ZENTRALPOLYNESIEN COOK-INSELN

Neue Fähre eingeweiht

Tokelau: Der neuseeländische Außenminister Winston Peters hat Ende letzten Jahres in der Hafencity Lyttleton (Südinself von Neuseeland) einigen Vertretern von Tokelau eine neue 13 Meter lange Passagierfähre übergeben. Die 860.000 NZ Dollar teure Fähre wurde von der staatlichen neuseeländischen Entwicklungshilfegesellschaft *New Zealand Aid* im Rahmen ihres Programmes „*Pacific Maritime Safety Programme*“

finanziert.

Sie soll die drei zu Tokelau gehörenden Atolle miteinander verbinden. Zum Einsatz kommen soll sie überwiegend bei gesundheitlichen Notfällen von Atollbewohnern, doch auch an einen Passagierfahrdienst ist gedacht.

Getauft wurde die Fähre von den anwesenden Vertretern der Atolle und dem neuseeländischen *Minister for Pacific Peoples*, Kris Faafoi. Sie erhielt den Namen „Fetu o te Moana“ (Star of the Sea).

Info: Tokelau ist ein von Neuseeland abhängiges Gebiet im Herzen des polynesischen Dreiecks und besteht aus drei tropischen Korallenatollen mit einer Gesamtfläche von 12,2 km² und einer Bevölkerung von 1.499 Einwohnern, von denen 48 als Angestellte des in Apia ansässigen *Tokelau Public Service* und deren Angehörige auf Samoa leben und arbeiten. (*Radio NZ Intern. 07.12.18, Wikipedia*)

Neu-Mitglied bei der ADB

Niue: Ende letzten Jahres hat das Parlament von Niue einstimmig beschlossen, Mitglied bei der *Asiatischen Entwicklungsbank* (ADB) zu werden. Die Mitgliedschaft kostet die seit 1984 mit einem Assoziierungsvertrag mit Neuseeland verbundene Koralleninsel mit ihren ca. 1.600 Bewohnern jährlich 100.000 US-Dollar.

Info: Die ADB wurde 1966 mit dem Ziel gegründet, die ärmeren Länder Asiens und im Pazifik bei der Armutreduktion und der Verbesserung der Lebensbedingungen zu unterstützen. Sie setzt sich für ein prosperierendes, integratives, belastbares und nachhaltiges Asien ein und setzt ihre Bemühungen um die Beseitigung extremer Armut fort. Sie unterstützt ihre Mitglieder und Partner mit Darlehen, technischer Hilfe, nicht rückzahlbaren Zuschüssen und Kapitalinvestitionen zur Förderung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung.

2018 genehmigte die ADB eine neue langfristige Strategie, die

Strategie 2030, in der die allgemeine Vision und die strategischen Antworten der Institution auf die sich entwickelnden Bedürfnisse in Asien und im Pazifikraum definiert sind.

Die ADB hat derzeit 67 Mitgliedsländer, davon 48 regionale und 19 nicht-regionale. 40 Länder sind Empfängerländer. (*Radio NZ Intern. 21.12.18, https://www.adb.org/*)

Referendum über Namensänderung geplant

Cook-Inseln: Die Inselräte aller zwölf bewohnten Inseln (von 15) der Cook-Inseln haben sich einstimmig für eine Namensänderung des polynesischen Inselstaates ausgesprochen.

Die Regierung unterstützt das Anliegen mit einer eigens einberufenen 19-köpfigen Kommission, die über eine mögliche Namensänderung berät. Hintergrund ist die Verbindung des jetzigen Staatsnamens mit dem britischen Kapitän James Cook. Zwischen 1773 und 1779 suchte er die südlichen Inseln des Archipels mehrfach auf, ohne dabei Rarotonga, die Hauptinsel, jemals zu Gesicht zu bekommen. Er nannte die Inselgruppe „*Hervey Islands*“. Der Name Cookinseln für den ganzen Archipel wurde vom deutschbaltischen Admiral Adam Johann von Krusenstern bei seiner Weltumrundungsexpedition zu Ehren des Seefahrers James Cook vergeben und erschien zum ersten Mal in einer russischen Seekarte zu Beginn des 19. Jahrhunderts.

Der Vize-Premierminister der Insel, Mark Brown, erklärte, ein indigener Name würde besser die polynesischen Identität der rund 17.000 Bewohner widerspiegeln. Mit einem neuen Namen könne man das koloniale „britische Erbe“ hinter sich lassen und sich auf die Zukunft konzentrieren als ein pazifischer Staat mit traditionellen polynesischen Traditionen und Gebräuchen.

Bisher hat das Komitee unter Vorsitz des Paramount Chiefs Pa Marie Ariki 60 Namensvorschläge gesammelt. Um auf die potentielle Namensliste zu kommen, müssen

die Namen drei Kriterien erfüllen: Sie müssen auf das christliche Erbe hinweisen, sie müssen das kulturelle Erbe der Cook Islands Maori beinhalten und sie müssen den Stolz auf die eigene Nation symbolisieren.

Außerdem darf der neue Name nicht länger als 15 Buchstaben sein und nicht mehr als vier Silben umfassen. Er muss zudem einfach in englischer Sprache zu erklären sein. Bekannt wurden bis dato zwei der vorgeschlagenen Namen: Rangiaroa (Love from the Heavens) und Raroatua (We stand under God).

Das Komitee will in den nächsten zwei Jahren eine Volksabstimmung über den neuen Namen durchführen lassen. Ein genaues Datum wurde noch nicht bekanntgegeben.

Info: Bereits 1994 hatte es ein Referendum über eine Namensänderung gegeben. Damals hatten sich jedoch 69 % der Bevölkerung für die Beibehaltung von „Cook Islands“ ausgesprochen. (*NY Times* 05.03.19, *BBC News*, *Maori Television* 06.03.19, *Wikipedia*)

Abkommen mit Neuseeland

Samoa: Anfang Februar haben sich der samoanische Premierminister Tuilaepa Sailele Malielegaoi und der neuseeländische Vize-Premier und Außenminister Winston Peters zu bilateralen Regierungsgesprächen in Auckland getroffen. Premier Malielegaoi war zu den Feierlichkeiten rund um den Jahrestag des „Treaty of Waitangi“ eingeladen worden. Erstmals hatte die neuseeländische Regierung ein samoanisches Oberhaupt zu den Feiern in Waitangi eingeladen.

Bei den anschließenden Gesprächen ging es u.a. darum, den bereits im Jahr 1962 zwischen beiden Staaten geschlossenen Freundschaftsvertrag in wichtigen Punkten zu aktualisieren. Die Politiker diskutierten über die Bereiche Bildung, Gesundheit und Tourismus. Auch das Entsendeprogramm saisonaler Arbeiter aus Samoa nach Neuseeland stand

auf der Tagesordnung.

Die Minister zeigten sich erfreut über den Ausgang des Gesprächs und zurrten Einzelheiten mit der Unterzeichnung eines neuen Partnerschaftsabkommens (*Partnership Agreement*) fest. (*Loop Pacific* 07.02.19)

Zusammenarbeit mit Fidschi

Samoa: Bei einem Treffen des samoanischen Staatsoberhauptes Tuimaleali'ifano Vaaletoa Sualauvi II mit dem neuen fidschianischen Botschafter für die pazifischen Inselstaaten, Ratu Seremaia Tuinausori Cavuilati, Anfang Februar in Apia (Samoa) vereinbarten die Männer eine engere Zusammenarbeit der beiden polynesischen Staaten in den Bereichen Tourismus, Gesundheit, Bildung, Handel und Sport.

Ratu Seremaia, der dem samoanischen Staatsoberhaupt seine offizielle Akkreditierungsurkunde zum fidschianischen Botschafter für die pazifischen Inselstaaten überreicht hatte, bekräftigte den Wunsch des fidschianischen Premierministers Voreque Bainimarama nach engerer Zusammenarbeit mit Samoa. Er erklärte, Bainimarama freue sich schon jetzt auf das *Leaders' Forum des Pacific Islands Forum* im September des Jahres auf Tuvalu, bei dem man u.a. über die pazifikweite Zusammenarbeit der Staaten sprechen wird. Tui Sualauvi betonte die Vorreiterrolle Fidschis im Kampf gegen den globalen Klimawandel. Hier sei Fidschi ein großes Vorbild für andere Pazifikstaaten, so der Samoaner. (*Fiji Sun* 07.02.19)

Rattenplage auf Samoa

Samoa: Der geschäftsführende Direktor von *Natural Foods International*, Papali'i Grant Percival, beklagt eine Rattenplage auf Samoa. Der Geschäftsmann hat sich stellvertretend für alle Mitgliedsfirmen der *Samoa Association of Manufacturers and Exporters* an die Regierung gewandt und um Unterstützung gebeten. Täglich würden nur allein auf seinem Fab-

rikgelände drei bis vier Ratten gefangen. Einige seien zu groß für die handelsüblichen Rattenfallen und entkämen, so Percival. Der Einsatz von Rattengift sei bislang noch zu teuer, da man dafür eine Lizenz benötige und das Rattengift importiert werden müsste, so der Geschäftsmann weiter.

Percivals Klagen schloss sich die Umweltschutzorganisation *Conservation International* an. Sie sagte, die vormals nicht in Samoa einheimischen und durch Schiffe eingeschleppten Ratten seien eine Plage für die Umwelt und gefährdeten andere Tierarten.

Der Chef der Quarantäne-Abteilung im Hafen von Apia, Vui Pelenato Fonoti, erklärte, seine Behörde kontrolliere das Entladen der Schiffe genau und versuche, das Einschleppen weiterer invasiver Arten zu verhindern. Die derzeitige Rattenplage sei aber ein großes Problem und es bedürfe der Zusammenarbeit vieler Behörden, um der Plage Herr zu werden. (*Samoa Observer* 07.02.19, *Loop Samoa* 09.02.19)

Negatives Wirtschaftswachstum

Tonga: Nach einer Studie der Asiatischen Entwicklungsbank ist Tonga neben Nauru der einzige pazifische Inselstaat, dessen Bruttoinlandsprodukt 2018 schrumpfte. Während Fidschi, die Cook-Inseln und Vanuatu mit jeweils über 3 % Wachstum an der Spitze lagen, und alle anderen Inselstaaten zumindest leichte Wachstumsraten zu verbuchen hatten, lag Tongas Wirtschaftswachstum mit -0,3 % im negativen Bereich, während Nauru mit katastrophalen -4,0 % am schlechtesten abschnitt.

Tongas Wirtschaft befindet sich seit längerer Zeit in der Krise. Während die Nachbarstaaten Sāmoa und Fidschi in den letzten zwei Jahrzehnten durch massiven Ausbau des Tourismus gewaltige Entwicklungsschübe verbuchen konnten, stagniert Tongas Wirtschaft und bleibt immer mehr hinter seinen Nachbarn zurück. Dies liegt vor allem an der relativen Un-

attraktivität des Landes für Touristen (keine malerischen Berge und Buchten wie in Sāmoa und Fid-schi, mangelnde Sauberkeit, schlecht ausgebaute Infrastruktur) und der angehenden politischen Instabilität (siehe nächster Artikel). (Artikel von Dr. Lorenz Gonschor, Pazifik-Netzwerk-Mitglied in Tonga. Quelle: Matangi Tonga)

Petition gegen Premierminister

Tonga: Mitte Februar überreichten mehrere Oppositionspolitiker König Tupou VI drei verschiedene Petitionen mit insgesamt etwa 10.000 Unterschriften. Die Petitionen fordern den König dazu auf, das Parlament aufzulösen, Premierminister 'Akilisi Pōhiva seines Amtes zu entheben, eine kommissarische Übergangsregierung zu ernennen und eine königliche Untersuchungskommission einzurichten, um angebliche Korruption unter Pōhivas Regierung aufzuklären.

Einige Tage später erklärten Pōhiva und sein Berater Lopeti Senituli auf einer Pressekonferenz, dass das in der Petition geforderte Vorgehen verfassungswidrig sei und der König seit der Verfassungsreform von 2010 keine entsprechenden Machtbefugnisse mehr habe. Zuletzt hatte Tupou VI im August 2017 das Parlament aufgelöst und vorzeitige Neuwahlen ausgeschrieben (ohne die amtierende Regierung abzusetzen). Dies war allerdings nicht im Sinne des Königs ausgegangen, denn Pōhivas Demokratische Partei hatte bei den Neuwahlen ihre Mehrheit im Parlament nur noch weiter ausbauen können. Der seit Jahren andauernde Machtkampf zwischen dem konservativen König, der die von seinem Bruder eingeleiteten Reformen von 2010 nie wirklich verinnerlicht hat, und dem radikal demokratischen Pōhiva geht somit unvermindert weiter. (Artikel von Dr. Lorenz Gonschor, Pazifik-Netzwerk-Mitglied in Tonga. Quelle: Matangi Tonga)

FRZ.-POLYNESIEN PITCAIRN RAPA NUI (OSTERINSEL)

Nationalheld posthum für unschuldig erklärt

Frz.-Polynesien: Am 24. Oktober 2018 entschied das französische Revisionsgericht in Paris, dass die 1959 erfolgte Verurteilung des tahitischen Politikers Pouvanaa a Oopa (1895-1977) rechtswidrig war und hob sie damit als ungültig auf.

Pouvanaa, der heute parteiübergreifend als Gründervater (Metua) der modernen politischen Kultur Französisch-Polynesiens gilt, hatte in den 1940er und 1950er Jahren den Widerstand gegen die Willkür des kolonialen Regierungssystems angeführt und 1949 die erste politische Partei des Territoriums, *Rassemblement Démocratique des Populations Tahitiennes* (RDPT), gegründet. Im gleichen Jahr war er zum Abgeordneten des Territoriums in der französischen Nationalversammlung gewählt worden. Als Paris 1957 allen französischen Territorien Autonomie gewährte, wurde Pouvanaa zum Ministerpräsidenten der Territorialregierung.

Ein Jahr später wurde er allerdings unter dubiosen Vorwürfen in Verletzung seiner parlamentarischen Identität festgenommen, seiner Ämter enthoben und wegen angeblichem „Aufruf zur Brandstiftung“ zu einer langjährigen Gefängnisstrafe verurteilt. In krassem Gegensatz zu den meisten anderen französischen Territorien, die immer mehr Autonomie erhielten und schließlich 1960 in die Unabhängigkeit entlassen wurden, schaffte Paris die Autonomie Französisch-Polynesiens wieder ab und unterstellte das Territorium erneut einem von Paris ernannten Gouverneur. 1963 wurde zudem die RDPT verboten. All dies geschah, um den reibungslosen Aufbau des Atomtestzentrums auf Moruroa zu gewährleisten, das dann von 1966 bis 1996 in Betrieb war.

Pouvanaa stand zehn Jahre lang in Frankreich unter Hausarrest und durfte erst 1968 wieder nach Tahiti

zurück. Als eine Art verhinderter Staatsgründer gilt Pouvanaa heute quasi als Nationalheld, spiegelt aber gleichzeitig die tragische Geschichte des durch den nuklearen Neo-Kolonialismus vom Weg einer normalen Entkolonisierung abgekommenen Landes wider.

Dass es sich seinerzeit um einen kolonialpolitischen Schauprozess handelte, war seit jeher allen klar. Allerdings fehlten dazu lange Zeit eindeutige rechtskräftige Beweise. Der französische Historiker Jean-Marc Regnault hatte allerdings in den letzten Jahren diese Beweise in akribischer Arbeit aus verschiedenen französischen Archiven zusammengetragen, infolgedessen die Landesversammlung im Februar 2013 ein offizielles Gesuch um Revision des Prozesses an die Justizministerin stellte, was diese 2014 an das Revisionsgericht weitergeleitet hatte.

Pouvanaas Nachfahren zeigten sich erfreut über den Richterspruch, ebenso wie Politiker fast aller Parteien, unter anderem der Präsident der Landesregierung Edouard Fritch und der für die Unabhängigkeit eintretende frühere Präsident Oscar Temaru. Einzig die andere Oppositionspartei *Tahoeraa Huiraatira* des früheren Präsidenten Gaston Flosse erklärte ihre Enttäuschung über das Urteil, da es nach Flosses Meinung nicht weit genug ging. In einer Presserklärung meinte Flosse, das Gericht habe lediglich das Urteil aufgehoben, aber nicht den Prozess als ganzen für frivol erklärt. Pouvanaa seit damit keineswegs rehabilitiert und der französische Staat habe keineswegs sein koloniales Unrecht zugegeben. (Artikel von Dr. Lorenz Gonschor, Pazifik-Netzwerk-Mitglied in Tonga. Quellen: Tahiti-Infos)

Temaru verliert Mandat: Neue Allianz mit Flosse?

Frz.-Polynesien: Der Fraktionsvorsitzende der für die Unabhängigkeit eintretenden Partei *Tavini Huiraatira* in der Landesversammlung Französisch-Polynesiens, Oscar Temaru, verlor am 26. Oktober 2018 aufgrund eines Entscheids des Obersten französi-

schen Gerichts sein Mandat als Abgeordneter. Das Gericht begründete seine Entscheidung damit, dass es in der Dokumentation der Finanzen von Temarus Partei vor der letzten Wahl im April 2018 Unregelmäßigkeiten und Lückengänge, womit die Partei gegen französische Gesetze zur Wahlkampffinanzierung verstößt. Damit verliert die Partei ihre Ansprüche auf staatliche Rückerstattung ihrer Wahlkampfkosten und Temaru, der als erster Listenplatz seiner Partei für diese Verantwortung zeichnet, verliert für die nächsten Jahre sein passives Wahlrecht. Bis dahin nimmt Cécile Mercier Temarus Sitz in der Landesversammlung ein.

Temarus Partei reagierte empört auf den Gerichtsentscheid, den sie als ein koloniales Komplott Frankreichs bezeichnete, um die Unabhängigkeitsbewegung mundtot zu machen. Wenige Wochen zuvor hatte Temaru beim Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag eine Klage gegen alle früheren französischen Präsidenten, die in Französisch-Polynesien Atomwaffentests angeordnet hatten, wegen Verbrechens gegen die Menschlichkeit eingereicht. Den Justizentscheid nahm seine Partei deswegen als Rache des französischen Staatsapparates wahr, und verglich den Fall mit dem von Pouvanaa (siehe vorherigen Artikel).

Rückendeckung erhielt Temaru von seinem ehemaligen Erzrivalen Gaston Flosse. Bei seiner Rückkehr aus Neukaledonien, wo Temaru die kanakischen Unabhängigkeitsparteien im Wahlkampf vor dem Referendum unterstützt hatte, wurde er am Flughafen von Gaston Flosse und seinen Anhängern warmherzig begrüßt. Flosse, der selbst wegen Verurteilung in einer Korruptionsaffäre aus dem aktiven politischen Leben des Landes ausgeschlossen ist, sprach von sich häufenden Fällen kolonialer Unrechtsjustiz, die darauf abzielen, Paris skeptisch gegenüberstehende Politiker zugunsten des profranzösischen Präsidenten Fritch mundtot zu machen. Ein paar Tage später gaben Flosse und Temaru eine symbolträchtige gemeinsame Pressekonferenz vor

dem Pouvanaa-Denkmal in Paapeete.

Doch damit nicht genug. Ende November wurden Temaru sowie die Chefredakteure des der Tavini nahestehenden kommunalen Radios *Te Reo o Tefana*, Vito Maamaatuaiahutapu und Heinui LeCaill, kurzzeitig in Polizeigewahrsam genommen und verhört, da ihnen vorgeworfen wird, kommunale Subventionen für die Radiostation für politische Ziele zweckentfremdet zu haben. Temarus Partei fühlte sich dadurch in ihrer Theorie eines kolonialen Komplotts weiter bestärkt.

(Artikel von Dr. Lorenz Gonschor, Pazifik-Netzwerk-Mitglied in Tonga. Quellen: Tahiti-Infos)

Rapa Nui fordert Statue zurück

Rapa Nui: Im Juni letzten Jahres stellten die von der indigenen Bevölkerung von Rapa Nui gewählte Entwicklungskommission der Osterinsel (CODEPIA) sowie der Präsident des Ältestenrats der Insel, Carlos Edmunds, einen Antrag an die chilenische Regierung, sich offiziell für die Rückgabe der 1868 von einem britischen Schiff nach England verbrachten Statue Hoa Hakanana'ia einzusetzen. Die Figur steht heute im Britischen Museum in London.

Während die meisten der über 900, normalerweise zwischen 3 und 10 m hohen mo'ai (Steinstatuen) auf der Insel aus Tuffgestein hergestellt wurden, wurde die kleinere Hoa Hakanana'ia aus schwerer zu bearbeitendem Basalt gehauen. Außerdem spielte sie, anders als die meisten anderen Statuen, die die Ahnen eines bestimmten Clans darstellten, eine zentrale rituelle Rolle für die gesamte Inselbevölkerung und war deshalb in einem zentral positionierten Sakralgebäude aufgestellt. Der Verlust dieser Figur ist deshalb seit jeher für die Insulaner besonders schmerzhaft, und verschiedene Gruppen hatten seit vielen Jahren ihre Rückkehr auf die Insel gefordert. Im November schließlich besuchte Edmunds in Begleitung des chilenischen Botschafters in London das Museum

und stellte einen formellen Rückgabeantrag.

Zur gleichen Zeit wurde im Bernice Pauahi Bishop Museum in Hawai'i eine Ausstellung zur Kunst und Kultur Rapa Nuis eröffnet, die im Gegensatz zu ähnlichen früheren Ausstellungen in enger Kooperation mit der Inselgemeinschaft konzipiert wurde. Kernstück der Ausstellung ist ein durch 3D-Scanner erzeugter maßstabsgetreuer Abguss von Hoa Hakanana'ia, der zumindest von Weitem dem Original verblüffend ähnlich sieht. Das Museum in Honolulu erklärte sich bereit, für den Fall einer Rückgabe des Originals nach Rapa Nui die Kopie kostenlos ans Britische Museum zu übergeben.

(Artikel von Dr. Lorenz Gonschor, Pazifik-Netzwerk-Mitglied in Tonga. Quellen: Website der Gemeindeverwaltung von Rapa Nui; eigene Recherchen)

Tragfähigkeitsstudien und öffentliche Verkehrsmittel gegen Übervölkerung

Rapa Nui: Mit einer jährlichen Besucherzahl von über 80.000 und einer Einwohnerzahl von knapp 8.000 (davon mehr als die Hälfte Siedler aus Chile) gerät die kleine Insel Rapa Nui immer mehr an den Rand ihrer Tragfähigkeit. Im Hauptort Hanga Roa, der einzigen Siedlung auf der Insel, kommt es mittlerweile täglich zu Verkehrsstaus, die an eine Großstadt erinnern, da es auf der Insel inzwischen etwa ebenso viele Autos wie Einwohner gibt. Nachdem die chilenische Regierung aufgrund von Protesten der indigenen Inselbevölkerung 2017 ein Gesetz zur Einwanderungsbeschränkung erlassen hatte, verabschiedete das chilenische Parlament im Oktober ein weiteres Gesetz, nachdem regelmäßig Studien zur Tragfähigkeit der Insel durchgeführt werden müssen, damit das Einwanderungsgesetz gegebenenfalls verschärft werden kann, bevor es zum Kollaps der Infrastruktur kommt. Gleichzeitig versucht die Gemeindeverwaltung das Verkehrschaos zu bekämpfen, indem sie auf der Hauptstraße einen Fahrradweg anlegte und Anfang dieses Jahres erwo, ein öffentli-

ches Bussystem einzuführen. Während des jährlichen Tapati-Festivals, zu dem besonders viele Besucher auf die Insel kommen, wurden Anfang Februar erstmals Teile des Ortszentrums für den Autoverkehr gesperrt und drei kostenlose Buslinien eingerichtet.

(Artikel von Dr. Lorenz Gonschor, Pazifik-Netzwerk-Mitglied in Tonga. Quelle: Webseiten des Gouverneursamts und der Gemeindeverwaltung von Rapa Nui)

HAWAI'I

65 Prozent erneuerbare Energien bis 2030

Die Energiezukunft für die 1,3 Millionen Einwohner von Hawai'i soll nach dem Willen der Stromversorger vor Ort günstiger, serviceorientierter und vor allem solar werden. Dies erklärten Ende Januar die *Hawaiian Electric Company* mit ihren Tochtergesellschaften *Maui Electric Company* und *Hawaii Electric*. Der Anteil der erneuerbaren Energien soll bis zum Jahr 2030 von jetzt 18 % auf dann über 65 % ansteigen.

Die Nutzung der Solarenergie soll nach den Plänen der Hawaiianer bis 2030 verdreifacht werden. Ziel ist es, den höchsten Level beim Anteil der erneuerbaren Energien unter allen US-Bundesstaaten zu erreichen. Shelee Kimura, Vizepräsident von *Hawaiian Electric*, betonte, dass die Dienstleistungen für die Kunden einen Mehrwert bringen sollen. Dies bedeutet geringere Kosten, einen stärkeren Schutz der Umwelt und zusätzliche Möglichkeiten zur Senkung der Energiekosten, beispielsweise durch Solar-Dachanlagen, so Kimura.

Neben dem 65-Prozent-Ziel für die Erneuerbaren sollen nämlich die Energie-Rechnungen bis zum Jahr 2030 um 20% gesenkt werden. Zudem ist vorgesehen, die dezentral installierte Photovoltaik-Leistung bis dahin zu verdreifachen. Derzeit werden im Bundesstaat Hawaii etwa 18 % des Energieverbrauchs durch regenerative Energien abgedeckt. Genutzt werden neben der Solarenergie auch

die Windkraft sowie Geo-, und Bioenergie und die Wasserkraft.

Für den Ausbau der Solarenergie wollen die Versorger auf Hawaii u.a. das Stromnetz verbessern. Zudem sollen die Speicherkapazitäten für Strom erhöht werden. Das Netz soll nicht nur verbessert, sondern auch smart werden. Dies ist nach Angaben der Stromversorger bereits auf Oahu getestet worden. Es soll den Kunden helfen, die Energieverbrauch zu analysieren und zu kontrollieren. Bei der fossilen Energieversorgung will Hawaii von teurem Öl und Diesel auf günstigeres Erdgas umsteigen. Dazu sollen die meisten ölbefeuerten Anlagen entsprechend umgerüstet werden. In den zehn Jahren, seit der Staat die *Hawai'i Clean Energy Initiative* gegründet hat, wurde der Verbrauch fossiler Brennstoffe bereits um 20% gesenkt, d.h. es wurden jährlich rund 49 Millionen Gallonen Öl weniger für die Stromerzeugung eingesetzt. Sieben große Solarprojekte mit Speichern auf drei hawaiianischen Inseln warten derzeit auf eine Genehmigung durch die öffentliche Versorgungskommission. Sollten alle sieben Solarprojekte genehmigt werden, könnte doppelt so viel Öl eingespart werden.

Die drei Energieversorgungsunternehmen auf Hawai'i haben neben fast 80.000 privaten Solar-Dachanlagen bereits mehr als 500 Mega-Wattstunden erneuerbare Energien unter Vertrag.

(*IWR News* 28.08.14, 29.01.19, <https://www.solarbranche.de/news/nachrichte/n/artikel-35756-hawaii-setzt-erfolgreich-auf-erneuerbare-energien>)

Hawai'i will Kauf von Zigaretten verbieten

Nach Angaben eines regionalen Nachrichtenportals will der US-amerikanische Bundesstaat Hawai'i Zigaretten verbannen. Ein aktueller Gesetzesentwurf sieht ein entsprechendes Verbot bereits für das kommende Jahr vor.

Das Mitglied im Repräsentantenhaus, Richard Creagan, setzt sich seit Jahren gegen den Konsum von Zigaretten in Hawai'i ein. Der

pensionierte Notfallarzt ist in seinen Ansichten radikal und spricht von einer „Versklavung der Menschen durch Nikotin“. 140.000 Menschen auf Hawai'i rauchten und die Hälfte von ihnen werde daran sterben, erklärte der Politiker.

Er hat bereits genaue Vorstellungen davon, wie das Zigarettenverbot durchgesetzt werden könnte. So soll der Zigarettenkonsum in Etappen verboten werden. Bis 2020 sollen Menschen unter 30 Jahren keine Zigaretten mehr rauchen dürfen. Bereits seit dem Jahr 2016 gilt in Hawai'i als einzigem amerikanischen Bundesstaat das 21. Lebensjahr als gesetzliches Raucheralter. In mehreren Schritten will Creagan das Mindestalter für Raucher jährlich höher setzen, bis letztendlich ab 2024 nur noch Menschen rauchen dürfen, die älter als 100 Jahre sind.

Das Gesetz soll sich nicht auf elektronische Zigaretten und auch nicht auf das Kauen oder Schnupfen von Tabak beziehen.

Anstelle von Zigaretten will Creagan Marihuana legalisieren lassen, denn seiner Ansicht nach besteht hier weniger die Gefahr einer Abhängigkeit und Lungenschädigung als bei Zigarettenkonsum. Seine Gesetzesvorlage enthält folgende Präambel: „*The legislature finds that the cigarette is considered the deadliest artefact in human history.*“

(Redaktionsnetzwerk Deutschland 01.02.19, <https://www.hawaiitribune-herald.com/2019/02/03/hawaii-news/creagan-proposes-cigarette-ban/>, <https://edition.cnn.com/2019/02/04/health/hawaii-cigarette-ban-bill-trnd/index.html>)

Hawai'i beschließt Plastikverbot

Hawai'i hat ein Plastikverbot beschlossen. Am 13. März stimmte die Regierung des US-Bundesstaats für die Abschaffung von Einwegprodukten aus Kunststoff. Wie aus dem Verlauf des Gesetzesvorschlags auf der Website der hawaiianischen Regierung hervorgeht, wurde dieser bereits am 18. Januar erstmals vorgestellt.

Betroffen sind insbesondere Wegwerfprodukte aus der Lebensmittelindustrie, wie Plastikgabeln, -messer und -löffel. Auch Behälter und Essensverpackungen aus Styropor sowie Trinkbecher und Einwegplastikflaschen sollen der Vergangenheit angehören. Hintergrund der Eindämmung der massenhaften Nutzung von Kunststoffprodukten ist der Schutz der Natur und Meere. (<https://www.wastedive.com/news/hawaii-state-bill-single-use-plastics/548521/>)

Gewinneinbruch bei Fluggesellschaft

Die Fluggesellschaft *Hawaiian Airlines* konnte im Geschäftsjahr 2018 einen Nettogewinn von 233 Millionen US-Dollar erwirtschaften, das ist 29 Prozent weniger als im Vorjahr.

Der Umsatz ist um 6,1% auf 2,837 Milliarden US-Dollar angewachsen. Die Kosten verteuerten sich um 14,1% auf 2,523 Milliarden US-Dollar. Den Betriebsgewinn gibt *Hawaiian Airlines* mit 314,368 Millionen US-Dollar an, das waren 32,3% weniger als im Vorjahr. Die Treibstoffkosten haben sich verglichen mit dem Vorjahr um weitere 36,1% auf 560 Millionen US Dollar verteuert.

Im Berichtsjahr 2018 konnte Hawaiis Fluggesellschaft 11.840 Millionen Fluggäste an Bord ihrer Flugzeuge begrüßen, gegenüber dem Vorjahr entspricht dies einem Wachstum von 2,9 Prozent.

Info: Hawaiian Airlines wurde 1929 gegründet und hat ihren Hauptsitz in Honolulu auf Hawaii. *Hawaiian* betreibt ab dem Honolulu International Airport das größte Streckennetz von und nach Hawaii, die Fluggesellschaft beschäftigt rund 5.500 Mitarbeiter und hat eine Flottenstärke von 55 Flugzeugen. (*Pressemitteilung Fliegerweb 12.03.19*)

Ige als Gouverneur wiedergewählt

Im Zuge der amerikanischen Wahlen am 6. November 2018 wurde David Ige (Demokratische Partei),

der amtierende Gouverneur des US-Bundesstaats Hawai'i, mit einer überwältigenden Mehrheit von 62,7% wiedergewählt. Seine republikanische Herausforderin Andria Tupola erhielt nur 33,7%. Dies ist wenig verwunderlich, da die Demokratische Partei seit Jahrzehnten die Politik des Bundesstaats dominiert. Wichtiger waren die Vorwahlen innerhalb der Demokratischen Partei im August, bei der Ige seine Herausforderin Colleen Hanabusa nur knapp geschlagen hatte.

Neugewählt wurden auch drei der vier Vertreter Hawaiis im US-Kongress. Die demokratische Senatorin Mazie Hirono wurde mit überwältigender Mehrheit von 71,2 % wiedergewählt. Im US-Repräsentantenhaus gewann der Demokrat Ed Case mit 73,1% den Wahlkreis 1 (Stadt Honolulu) und trat damit die Nachfolge von Colleen Hanabusa an, die nicht wieder angetreten war. Im zweiten Wahlkreis (ländliches O'ahu und äußere Inseln) wurde die Demokratin Tulsi Gabbard mit 77,4% wiedergewählt.

Auf Ebene des Bundesstaats standen mehrere Senatoren und alle Repräsentanten des lokalen Parlaments zur Neuwahl. Die meisten Amtsinhaber wurden wiedergewählt, wobei allerdings die Demokratische Partei einen Senatssitz an die Republikaner verlor und nun nur noch 24 von 25 Senatssitzen hält. Im Repräsentantenhaus des Bundesstaats bleibt die Sitzverteilung mit 46 Demokraten und 5 Republikanern unverändert.

Zur Wahl standen auch die Bürgermeister von Maui (die Gemeinde umfasst auch die Inseln Molokai und Lāna'i) und Kaua'i, wobei sich auf Maui Mike Victorino mit 53,6% knapp gegen Elle Cochran durchsetzte. Der langjährige Amtsinhaber Alan Arakawa war nicht wieder angetreten. Auf Kaua'i, dessen langjähriger Bürgermeister Bernard Carvalho ebenfalls in den Ruhestand gegangen war, gewann Derek Kawakami mit 65,1% klar gegen Mel Rapozo.

Neugewählt wurden auch drei der neun Treuhänder des *Office of Hawaiian Affairs* (OHA), das sich

um die Belange der hawaiischen Ureinwohner kümmern soll. Als Vertreter ganz Hawaiis wurde der langjährige Amtsinhaber John Waihe'e jr., Sohn des gleichnamigen früheren Gouverneurs, wiedergewählt, ebenso wie Hulu Lindsey als Vertreter der Insel Maui. Als Vertreter O'ahus schlug Kalei Akaka, Enkelin des früheren Senators Daniel Akaka, knapp Ester Kia'aina, die unter Obama Staatssekretärin für pazifische Inseln im US-Innenministerium gewesen war.

Mit nur 52,7% der registrierten Wähler (registriert sind wiederum nur etwa drei Viertel der theoretisch Wahlberechtigten) war die Wahlbeteiligung wie für Hawai'i üblich sehr gering. Viele der Nichtwähler tun dies aus üblicher Politikverdrossenheit, während eine nicht unerhebliche Zahl die Wahlen prinzipiell boykottieren, weil sie sich als hawaiische Staatsbürger identifizieren und das von den USA aufgezwungene System grundsätzlich ablehnen. (*Artikel von Dr. Lorenz Gonschor, Pazifik-Netzwerk-Mitglied in Tonga. Quellen: State of Hawaii Office of Elections; eigene Recherchen*)

US-Lehrerverband publiziert Okkupation Hawai'is

Der Nationale Lehrerverband der USA (National Education Association, NEA) hat Ende 2018 in seiner Zeitschrift *NEA Today* eine Serie von drei Artikeln veröffentlicht, in der Hawai'i unmissverständlich als von den USA völkerrechtswidrig okkupiertes Territorium identifiziert wird. Beim Jahreskongress des NEA Anfang Juli 2017 hatte eine Delegation aus Hawai'i einen entsprechenden Antrag gestellt und die Mehrheit der Delegierten von der Richtigkeit des Antrags überzeugt. Der NEA hatte daraufhin den hawaiischen Politikwissenschaftler und Vorsitzenden der geschäftsführenden Regierung des hawaiischen Königreichs Keanu Sai (der 2011 ein Lehrbuch zu dem Thema veröffentlicht hatte, das in immer mehr Schulen Hawai'is Verwendung findet) beauftragt, eine Zusammenfassung seines Lehrbuchs in Artikelform zur

Veröffentlichung in *NEA Today* zu schreiben.

Die Veröffentlichung der Artikel ist nur eines von vielen Beispielen dafür, dass die völkerrechtliche Illegalität der US-Herrschaft über die Inseln immer mehr sowohl auf nationaler, amerikanischer als auch auf internationaler Ebene Beachtung findet. Zur gleichen Zeit veröffentlichte die britische Zeitung *The Guardian* ebenfalls einen Artikel zum Thema, und nur wenige Monate zuvor erwähnte ein russischer Diplomat in einer Konferenzrede zu russisch-amerikanischen Beziehungen in Moskau ebenfalls, dass Hawai'i illegal von den USA besetzt sei.

(Artikel von Dr. Lorenz Gonschor, Pazifik-Netzwerk-Mitglied in Tonga. Quellen: *NEA Today*; *Hawaiian Kingdom blog*; *The Guardian*; eigene Recherchen)

† Leialoha Apo Perkins (1930 - 2018)

Hawai'i/Tonga: Am 8. Dezember 2018 verstarb die hawaiische Anthropologin und Schriftstellerin Dr. Leialoha Apo Perkins im Alter von 88 Jahren. Sie wurde am 5. März 1930 in Lahaina, Maui geboren; ihre Eltern waren die Lehrer Samuel Apo und Margaret Ka'a'a Apo. Aufgrund des gebildeten Elternhauses war sie schon früh an Literatur und Wissenschaft interessiert und ging zum Studium an die US-Ostküste, wo sie an der *Boston University* ihren Bachelor und am *Mount Holyoke College* ihren Masters-Abschluss erwarb. Schließlich promovierte sie an der *University of Pennsylvania* in Volkskunde und Ethnologie und war damit eine der ersten hawaiischen Doktoranden. Während ihrer Studienzeit lernte sie den Altphilologen Roland Perkins kennen, woraus sich eine lebenslange persönliche und akademische Partnerschaft entwickelte. Gemeinsam mit ihrem Ehemann ging sie in den 1980er Jahren nach Tonga, wo sie an der *'Atenisi University* mehrere Jahre lang Anthropologie und englische Literatur unterrichtete. Nach ihrer Rückkehr nach Hawai'i lehrte sie an der *University of Hawai'i* Literatur und Hawaiianistik (Hawaiian Studies). Über 30 Jahre lang

forschte sie über den hawaiischen Schöpfungsgesang „Kumulipo.“ Daneben schrieb sie mehrere Kurzgeschichten, Gedichte und einen Roman. 1998 erhielt sie den Hawaiischen Preis für Literatur, und im Jahr 2017 verlieh ihr die *'Atenisi University* in Tonga die Ehre einer „University Fellow.“ Sie wird von ihrem Ehemann sowie den Söhnen 'Umi Perkins und Kele Perkins und sieben Enkeln überlebt. (Artikel von Dr. Lorenz Gonschor, Pazifik-Netzwerk-Mitglied in Tonga. Quellen: *Honolulu Star-Advertiser*; eigene Recherchen)

AOTEAROA (NEUSEELAND)

Vertrag in 30 Sprachen übersetzt

Pünktlich zum 30. Jubiläum der neuseeländischen *Gesellschaft für Übersetzer* (Society of Translators and Interpreters) ist am 17. Februar 2019 das Buch „*The Treaty Times Thirty*“ erschienen.

Eine Gruppe von 116 Freiwilligen hatte dafür unter Schirmherrschaft der Gesellschaft den Vertrag von Waitangi (Treaty of Waitangi) in 30 Sprachen übersetzt.

Mit den Übersetzungen will die Gesellschaft das Verständnis für das Gründungsdokument Neuseelands verbessern und zudem die Anerkennung der wertvollen Arbeit von professionellen Übersetzern fördern.

Die Gesellschaft der Übersetzer hat 1.200 Ausgaben des Buches drucken lassen und wird jeder öffentlichen Bibliothek Neuseelands ein Exemplar schenken.

Info: In Neuseeland sind neben Englisch auch Maori, die Sprache der Ureinwohner, sowie die Gebärdensprache offizielle Amtssprachen. Die Sprachenlandschaft ist vielfältig. Allein in Auckland werden nach jüngsten Untersuchungen 160 verschiedene Sprachen gesprochen.

Die 30 Übersetzungen (darunter auch Deutsch) des Vertrages sind auch online kostenfrei abrufbar:

<https://treatytimes30.org/>

(360 Grad Neuseeland Newsletter 06.02.19)

Größte Solaranlage auf Schuldach

Die größte Solaranlage der Inseln wurde kürzlich von Parlamentsmitglied Kelvin Davis auf dem Campus des Kaitaia College im äußersten Norden der Nordinsel eingeweiht.

Die Anlage besteht aus 368 Solarpanelen und erstreckt sich über die Dächer von Schulhaus, Bibliothek, Sporthalle sowie den Physik- und Chemieübungssälen. Der Errichtung der Anlage vorausgegangen war die Zusammenarbeit mit dem Energieversorger Super-Power Technologies, der auf erneuerbare Energien spezialisiert ist. Die Firma hatte der Schule die Baukosten vorgestreckt. Da die Schule mehr Strom erzeugen kann als benötigt, kann ein Teil der Energie gespeichert und verkauft werden. Die Gewinne dienen der Rückzahlung des Kredits, sollen aber auch der Schule zugutekommen.

Schuldirektor Jack Saxon erklärte, man habe sich gemeinsam mit den in der Region ansässigen Maori-*iwis* zum Bau der Solaranlage entschlossen. Die Nutzung erneuerbarer Energien werde ab sofort Bestandteil des Lehrplans und die Schüler könnten bei Wartung und Instandhaltung der Anlagen auch nützliche Kenntnisse erwerben.

Info: Das College in Kaitaia liegt in einer Region, die überwiegend von Maori bewohnt ist. Das traditionsreiche College besteht seit 90 Jahren. Unterrichtet werden 880 Schüler der Mittel- und Oberstufe. Traditionelle Kulturtechniken und die Spiritualität der Maori stehen genauso auf dem Lehrplan wie Sport und ‚normale‘ Schulfächer. Unterrichtet wird in Englisch und Maori. (*Sea NZ* 27.02.19, <http://www.kaitaiacollege.school.nz/>)

Seltener Vogel vom Aussterben bedroht

Weniger als 40 Seeschwalben (Fairy Tern, lat *Sternula nereis davisae*) gibt es noch auf der Nordinsel Neuseelands. Damit gehört der winzige Vogel zu den akut vom Aussterben bedrohten Arten. Die

letzten fünf Brutpaare, die ihre Eier in die Dünen zwischen Whangarei und Auckland gelegt hatten, haben es in der vergangenen Brutsaison nur auf drei ausgebrütete Küken gebracht, wobei eines bereits verschwunden ist. Damit ist der Fortbestand der Art nicht gesichert, wie Heather Rogan vom gemeinnützigen „*New Zealand Fairy Tern Trust*“ erklärt.

Seeschwalben sind winzig und scheu. Sie legen ihre Eier weit voneinander entfernt in den Dünen ab, dicht über der Flutlinie. Das macht sie angreifbar durch Spaziergänger, Hunde, stürmisches Wetter und hohe Flutstände.

Rogers klagt vor allem die Tourismusindustrie an. Das Nisten werde den Seeschwalben vor allem durch zu viele Helikopter in der Luft, Bauarbeiten an den Stränden und durch neu angelegte Golfplätze und Luxus-Apartments in den Dünen erschwert.

Bereits in den 1980er Jahren waren die Seeschwalben mit damals nur noch elf Vögeln vom Aussterben bedroht. Durch umfassende Schutzmaßnahmen war es damals gelungen, die Population auf jetzt 43 Vögel anwachsen zu lassen, davon jedoch nur die besagten fünf Brutpaare.

(360 Grad NZ Newsletter 01.02.19, <https://www.radionz.co.nz/news/national/364728/rarest-bird-in-the-country-gets-a-helping-hand>, Wikipedia)

Lavalava ist neue Schuluniform

Als eine der ersten neuseeländischen Schulen hat die *Lakeview School* in Masterton (Nordinsel) den traditionellen pazifischen Wickelrock lavalava zur offiziellen Schuluniform für männliche Schüler erhoben. Die Jungen können ab diesem Schuljahr entscheiden, ob sie weiterhin die klassische Schuluniform mit Hemd und Hose tragen möchten oder den Wickelrock. Die Idee dazu hatte der stellvertretende Schulleiter Polu Luatua, ein in Auckland aufgewachsener gebürtiger Samoaner.

Die *Lakeview School* ist eine Grundschule von der ersten bis zur achten Klasse. Von den 400

SchülerInnen sind 55% Maori, 36% Pakeha und 9% Pazifik-Insulaner. Man wolle der kulturellen Diversität an der Schule Rechnung tragen, so der Vize-Direktor. Das Tragen des Wickelrocks auch bei den Lehrkräften habe bereits zu Debatten über Symbole kultureller Identität geführt. Auch hätten sich die SchülerInnen über gerechtere Kleidung ausgetauscht, denn Wickelröcke werden im Pazifik auch von Frauen getragen. Allein mit der Option auf das Tragen des lavalava habe die Schule bereits ihren Bildungsauftrag einer Erziehung zur Geschlechtergerechtigkeit erfüllt, zeigte sich Luatua begeistert. (Wairarapa Times-Age 11.02.19, <https://www.lakeviewschool.info/>)

INDONESIEN WESTPAPUA TIMOR-LESTE

Frühe Haftentlassung für Ex-Gouverneur Ahok

Indonesien: Der einst wegen Blasphemie verurteilte christliche Ex-Gouverneur der indonesischen Hauptstadt Jakarta ist vorzeitig aus dem Gefängnis entlassen worden. Basuki Tjahaja Purnama, besser bekannt als Ahok, wurde am 24. Januar von seinem Sohn und Unterstützern in Empfang genommen worden, wie die Zeitung "Jakarta Post" berichtete. Demnach kam Ahok wegen guter Führung auf freien Fuß.

Anlass für die Blasphemie-Vorwürfe war eine Rede Ahoks während des Wahlkampfs 2016. Damals erwähnte er eine Sure des Korans, die es Muslimen angeblich verbietet, für Nicht-Muslime zu stimmen. Die Wähler bräuchten sich nicht unbehaglich zu fühlen, falls sie nicht für ihn stimmten aus Angst, in die Hölle zu kommen, da sie getäuscht würden, hatte der damalige Gouverneur gesagt. Später entschuldigte er sich mehrfach für diese Aussage.

Dennoch wurde er im Mai 2017 wegen Verunglimpfung des Korans zu zwei Jahren Haft verurteilt. Der Prozess hatte die Gouverneurswahlen im Februar 2017 beeinflusst, bei denen sich Ahok seinem muslimischen Herausforderer zwei Monate später in einer Stichwahl geschlagen geben musste.

Menschenrechtler kritisierten, der Fall sei ein Beleg dafür, dass fundamentalistische Strömungen im muslimisch dominierten Indonesien mit seinem fast 270 Millionen Einwohnern auf dem Vormarsch seien.

Ahok gehört nicht nur der christlichen Minderheit an, die knapp zehn Prozent der Bevölkerung ausmachen. Er hat auch chinesische Wurzeln, wie etwa acht Millionen Indonesier, die immer wieder Diskriminierung ausgesetzt sind.

Laut der Menschenrechtsorganisation *Human Rights Watch* wurde das Blasphemie-Gesetz von 1965 in den ersten vier Jahrzehnten in lediglich acht Fällen angewandt. Zwischen 2004 und 2014 unter dem damaligen Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono dokumentierte die Organisation bereits 125 Fälle. Seit der Amtszeit von Präsident Joko Widodo im Oktober 2014 wurden deswegen mindestens 23 Personen verurteilt. (Domradio, KNA, epd 24.01.19)

Menschenrechtspreis für Umweltschützer

Indonesien: Ende letzten Jahres haben Indonesische Umweltschützer den renommierten Yap-Thiem-Hien-Menschenrechtspreis erhalten. Preisträger sind die „Sedulur Sikep“ (deutsch: „Freundlich Gesinnten“) aus dem Kendeng-Karstgebirge auf der Insel Java sowie Eva Bande, Umweltschützerin auf Sulawesi. „Sie haben einen großen Beitrag dafür geleistet, die Umwelt zu schützen. Sie werden geehrt, weil sie mithelfen, Mutter Erde zu erhalten“, begründete Jurymitglied Yosep Stanley die Entscheidung bei der Preisverleihung am 12. Dezember in Jakarta.

Die Gruppe Sedulur Sikep wehrt sich gegen den Abbau des Kendeng-Karstgebirges für Zement, u.a. durch die Firma Indocement. Indocement ist ein Tochterunternehmen des deutschen Konzerns HeidelbergCement.

Die Sedulur Sikep/JM-PPK kämpfen konsequent gewaltfrei. Mit Fußmärschen über Hunderte von Kilometern, mit Gerichtsprozessen und mit dem öffentlichen Einzementieren ihrer Füße. Diese Protestform wurde von UnterstützerInnen in Heidelberg im letzten Jahr vor der Aktionärsversammlung von *HeidelbergCement* aufgegriffen. Das Ziel war, die Öffentlichkeit auf die dramatischen Folgen der Zementproduktion aufmerksam zu machen. Daraufhin berichteten zahlreiche deutsche Medien über das Thema:

Die (bereits mehrfach inhaftierte) indonesische Umweltschützerin Eva Bande wehrt sich gemeinsam mit Indigenen und Bauern gegen Landraub, Gewalt gegen Bauern und die Zerstörung der Regenwälder durch Palmöl- und Bergbauunternehmen auf der Insel Sulawesi.

Info: Der Yap-Thiam-Hien-Menschenrechtspreis wird jährlich am 10. Dezember vergeben. Er erinnert an den chinesisch-indonesischen Rechtsanwalt und Menschenrechtsaktivisten.

(<http://www.watchindonesia.org/20442/sedulur-sikep-heidelbergcement?lang=de>,
<https://www.protectioninternational.org/en/node/903>)

Aktivisten wegen Hochverrats angeklagt

Westpapua: Eine Koalition von Menschenrechtsorganisationen und Menschenrechtsanwälten aus Papua hat aufgrund der rechtswidrigen Festnahme und anschließender Anklage wegen angeblicher Verbrechen von drei Aktivisten des *West Papua National Committee* (KNPB) beim Amtsgericht in Timika eine Voruntersuchung beantragt. Am 31. Dezember 2018 hatten Sicherheitskräfte das KNPB-Büro in Timika gestürmt und sechs KNPB-Aktivisten verhaftet, die einen Gottesdienst organisiert hatten.

Am 7. Januar 2019 wurden die drei KNPB-Aktivisten Yanto Awerkion, Sem Asso und Edo Dogopia zu weiteren Fragen angerufen. Die drei Aktivisten wurden am 8. Januar 2019 verhaftet und in die Stadt Jayapura gebracht, wo sie wegen Landesverrats angeklagt wurden, bis heute in Haft sind und auf ein Gerichtsverfahren warten.

Menschenrechtsanwälte argumentieren, dass die Festnahmen nicht im Einklang mit der indonesischen Strafprozessordnung (KUHAP) durchgeführt worden seien, weil die Polizeibeamten bei der Razzia weder Haftbefehle noch Durchsuchungsbefehle vorgelegt hätten. Dies verstößt gegen Artikel 18 Absatz 1 der KUHAP, wonach die Strafverfolgungsbehörden dem Verdächtigen einen Haftbefehl vorzeigen müssen, es sei denn, er wird bei der Begehung einer Straftat erwischt. Darüber hinaus ist das Recht auf friedliche Versammlung und Vereinigung durch das indonesische Gesetz und den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (ICCPR), zu dem Indonesien Vertragsstaat ist, garantiert. Vor der Veranstaltung hatte die KNPB in Timika der Polizei ein Benachrichtigungsschreiben über ihren Plan zur Abhaltung der Gebetsveranstaltung übermittelt, da dies gesetzlich vorgeschrieben ist.

TAPOL, Franciscans International, die International Coalition for Papua, Watch Indonesia!, Geneva for Human Rights - Global Training und das Westpapua-Netzwerk haben als Reaktion auf die rechtswidrigen Festnahmen und Anklagen eine Eilaktion gestartet.

Info: Das KNPB ist eine politische Bewegung, die das Recht auf politische Selbstbestimmung für West-Papua durch ein Referendum fordert. Die Organisation organisiert Gottesdienste und friedliche Demonstrationen durch ihr Indonesien-weites Netzwerk und gehört zu den zivilgesellschaftlichen Gruppen Papuas, die einem hohen Maß an Kriminalisierung und politischer Verfolgung durch die indonesischen Strafverfolgungsbehörden ausgesetzt sind. Razzien der Sicherheitskräfte auf KNPB-Anlagen und -Veranstaltungen ha-

ben in den letzten Monaten erheblich zugenommen. Das KNPB-Sekretariat in Asmat wurde am 1. Dezember 2018 niedergebrannt. Das KNPB-Hauptsekretariat in Jayapura wurde sowohl am 19. November als auch am 1. Dezember 2018 beschädigt und zerstört. (*Westpapua Netzwerk online 07.02.19*)

ÖRK-Delegation besucht Westpapua

Westpapua: Eine ökumenische Delegation, vom Weltrat der Kirchen (ÖRK) koordiniert, besuchte vom 15. bis 22. Februar Indonesien, einschließlich der beiden Provinzen Papua und Papua-West.

Mit der Delegationsreise wollten die Kirchen ihre Solidarität zum Ausdruck bringen und alle Mitgliedskirchen aufrufen, sich weiterhin für Gerechtigkeit und Frieden in Indonesien einzusetzen. Der Besuch verstand sich selbst als Teil der „Pilgerreise für Gerechtigkeit und Frieden“ des Weltrates der Kirchen und konzentrierte sich auf Fragen der Religionsfreiheit und interreligiöse Harmonie in Indonesien und auf die Frage der Menschenrechte in Westpapua. Gastgeber für die Delegation waren die Gemeinschaft von Kirchen in Indonesien und die Evangelisch-christliche Kirche im Lande Papua (GKI-TP).

Einige Delegationsmitglieder besuchten Kirchen und ihre muslimischen Nachbarn in Surabaya, wo im Mai 2018 einige Selbstmordattentate (auf christliche Kirchen) stattgefunden hatten. Sie zeigten sich erfreut über eine außerordentliche interreligiöse Solidarität im Zusammenhang mit diesen Attentaten. Sie trafen auch den Religionsminister Lukman Hakim Saifuddin und brachten ihre Besorgnis über zahlreiche Strafverfolgungen auf Grund des Blasphemiegesetzes zum Ausdruck. Auch kritisierten sie die Art und Weise, in welcher das Gesetz über religiöse Harmonie von 2006 missbraucht wird, um religiöse Minderheiten zu marginalisieren.

In Westpapua trafen die Mitglieder der Delegation lokale Kirchenleitungen, Opfer von Menschenrechtsverletzungen und Konflikten, traditionelle Führer, die Gouverneure beider Provinzen und Vertreter der lokalen Regierungen, aber auch Vertreter von Militär und Polizei in Jayapura, Manokwari, Merauke und Wamena. *„Der Zugang zu Westpapua war in der Vergangenheit nur sehr begrenzt möglich“*, sagte Peter Prove, im Weltkirchenrat Direktor der Abteilung für internationale Angelegenheiten. *„Wir sind froh, dass die indonesischen Autoritäten uns diesen Besuch ermöglicht haben. Wir hoffen sehr, dass dies der Anfang einer größeren Öffnung dieser Region auch für andere sein wird.“*

Trotzdem waren die Delegationsmitglieder erschüttert über die Berichte fast aller Papua, mit denen sie sprechen konnten.

Die Probleme sind sehr ernst und gehen tief. Dr. Jochen Motte, stellvertretender Generalsekretär der Vereinten Ev. Mission, sagte: *„Ich hatte die Gelegenheit schon im Jahr 1999 an einem Besuchsteam des Weltkirchenrates hierher teilzunehmen. Es ist sehr traurig, dass alle Probleme, die in den damaligen Berichten genannt wurden, auch heute noch genau die gleichen sind. Auch das Sonderautonomie-Gesetz hat die Erwartungen der Bevölkerung nicht erfüllt und hat Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen nicht beenden können.“*

Die Sonderautonomie für Papua wurde 2001 eingeführt, damit die Papua an ihrer politischen, sozialen kulturellen und wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb Indonesiens selbst mitwirken könnten. Doch alle Papua einschließlich der lokalen Regierungsvertreter hielten die Sonderautonomie für gescheitert. Die wichtigsten Vorschriften des Gesetzes wurden nie implementiert.

Mit großer Sorge erfuhr die Delegation, dass auf Grund von Migration und demographischer Entwicklung die indigenen Papua bereits eine Minderheit in ihrem eigenen Land bilden. Landraub, Umweltzerstörung, Abholzung der

Regenwälder und Verschmutzung der Flüsse waren Beschwerden, die immer wieder gegenüber der Delegation vorgebracht wurden. Damit wird den Papua ihre traditionelle Lebensgrundlage entzogen. Die indigenen Gesprächspartner der Delegation betonten immer wieder: *„Das vorherrschende so genannte Entwicklungsprogramm in unserer Region ist für andere bestimmt, nicht für uns.“*

Frau Dr. Emily Welty, Vizemoderatorin der Kommission für internationale Angelegenheiten im Weltkirchenrat, betonte: *„Die indigenen Papua werden wirklich systematisch marginalisiert und von allen Lebensbereichen ausgeschlossen.“*

In Wamena und Jayapura hatte die Delegation eine Begegnung mit „Binnenflüchtlings“, die aus ihren Heimatdörfern in der Nduga-Region wegen der laufenden Militär- und Polizeioperationen geflohen waren. Militär und Polizei hatten eingegriffen, nachdem am 2. Dezember vermutlich 21 Straßenbauarbeiter von einer bewaffneten Gruppe getötet worden waren. Die Zahl der Flüchtlinge ist unbekannt, es wird vermutet, dass sich noch viele in den Wäldern versteckt halten, wo sie keine Hilfe bekommen können.

Bischof Abednego von der Evangelisch-lutherischen Kirche in Tansania sagte: *„Es war traurig, so viele Kinder zu sehen, die Opfer dieser Gewalttaten geworden sind. Sie haben Angst, in ihre Heimat zurückzukehren, weil sich dort immer noch Militär und Polizei aufhalten. Dabei sollten gerade diese Sicherheitskräfte den Dörfern und Schulen Schutz und Sicherheit bieten.“*

(Pressemitteilung des ÖRK 26.02.19, <https://www.oikoumene.org/de/press-centre/news/papua-human-rights-situation-religious-freedom-focuses-of-wcc-delegation-visit-to-indonesia>)

AUSTRALIEN

Literaturpreise für inhaftierten Asylbewerber

Der kurdisch-iranische Journalist, Menschenrechtsaktivist und Filmmacher Behrouz Boochani hat den ersten Preis des vom australischen Bundesstaat Victoria seit 1985 vergebenen *Victorian Premier's Literary Award* bekommen.

Der Journalist wurde für seine Novelle *„No friend but the mountains: Writing from Manus Prison“* mit einem Preisgeld in Höhe von 100.000 AUS-Dollar (63.500 €) geehrt. Zudem wurde sein Erstlingswerk mit dem Preis als bestes Sachbuch bedacht und mit weiteren 25.000 Dollar dotiert.

Nach Medienberichten ist dies die höchste Preissumme, die bisher in Australien für Literatur vergeben wurde.

Erstmals wurde der bekannte Literaturpreis des Staates Victoria an einen Menschen ohne australische Staatsbürgerschaft vergeben.

Boochani lebt seit August 2013 im Rahmen der „Pacific Solution“ auf der Insel Manus (Papua-Neuguinea) und wartet dort auf den Bescheid über seinen Asylantrag. Die Einreise nach Australien zur Preisverleihung blieb dem Flüchtling verwehrt.

In seiner im englischsprachigen *„The Guardian“* veröffentlichten Dankesrede für die Auszeichnungen sagte der Kurde: *„I have been in a cage for years but throughout this time my mind has always been producing words, and these words have taken me across borders, taken me overseas and to unknown places. I truly believe words are more powerful than the fences of this place, this prison.“* (Zitat)

Boochani hat seine Geschichte heimlich auf einem Mobiltelefon geschrieben. Über den Nachrichtendienst Whatsapp schickte er über mehrere Monate hinweg nacheinander die einzelnen Be-

standteile der Geschichte an seinen Freund Omid Tofighian, der den persischen Text ins Englische übersetzte und für die Veröffentlichung sorgte. Tofighian nahm auch den Preis stellvertretend für Boochani entgegen.

In der Novelle beschreibt der Journalist die unzumutbaren Zustände auf Manus sowie die verbalen und physischen Folterungen, denen die Häftlinge ausgesetzt waren und noch immer sind.

Info: Behrouz Boochani wurde 1983 in Ilam (Iran) geboren. Er studierte Politikwissenschaften, Geographie und Geopolitik an der Universität von Teheran. Dort schrieb er zunächst für die Studentenzeitung, später publizierte er in diversen iranischen Zeitungen zu Fragen der Menschenrechte und zur Bedrohung der Kurden. Im Untergrund unterrichtete er Kinder und Jugendliche in einem kurdischen Dialekt seiner Heimatregion. Als aktives Mitglied der im Iran verbotenen Kurdisch-Demokratischen Partei und als Mitglied der kurdischen Studentengruppe stand er unter Beobachtung des Regimes. Nach dem Sturm auf das Redaktionsbüro der von ihm gegründeten kurdischen Zeitschrift „Werya“ und der Verhaftung von 16 seiner Kollegen, floh Boochani über Indonesien in Richtung Australien, wo er auf See aufgegriffen und nach Manus verbracht wurde.

Obwohl das Flüchtlingslager auf der Insel Manus bereits 2017 offiziell geschlossen wurde, warten auf der Insel 600 Menschen weiter auf den Bescheid über ihre Zukunft. (ABC News 01.02.19, <https://www.theguardian.com/profile/behrouz-boochani>, Tiroler Tageszeitung 31.01.19, Wikipedia)

Widerstand gegen Re-Kolonisierung hält an

Norfolkinsel: Der Widerstand der Bevölkerung der Norfolkinsel gegen die vor vier Jahren gegen den Willen der Insulaner wiedereingeführte australische Kolonialherrschaft hält unvermindert an. 2015 hatte Canberra die seit 1979 be-

stehende teilautonome Landesregierung der Insel einseitig aufgelöst und durch ein System autoritärer Herrschaft durch australische Bürokraten ersetzt, obwohl eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung zuvor in einem Referendum solche Maßnahmen abgelehnt hatte.

Im Laufe des Jahres 2018 hatte der pensionierte Wirtschaftswissenschaftler Chris Nobbs, der zuvor für die OECD und andere internationale Organisationen gearbeitet hatte, zwei Studien veröffentlicht, zunächst eine Abschätzung der wirtschaftlichen Folgen der politischen Umwälzungen, und dann eine Analyse der von Canberra vorgebrachten Argumente zur Rechtfertigung der Auflösung der autonomen Landesregierung. Die erste Studie zeigt auf, dass die von Canberra aufgezwungene politische „Reform“ fast ausschließlich negative Folgen für die Wirtschaft der Insel hat, da beispielsweise durch die Abschaffung lokaler Zölle Einkommensquellen für die Inselverwaltung vermindert werden (während von Canberra zahlreiche neue Steuern erhoben werden, was die Steuerlast insgesamt höher macht) und andererseits das neue koloniale Verwaltungssystem im Detail viel aufwendiger und teurer als die alte Landesregierung ist. Die zweite Studie kommt zu dem Schluss, dass keiner der von der australischen Regierung vorgebrachten Gründe für die Abschaffung der Autonomie einer eingehenden Prüfung standhält. Die australische Regierung lehnte jedoch beide Studien als angeblich irrelevant ab, zweifelte an der Qualifikation des Autors, und weigerte sich unter diesen Vorwänden, auf die darin dargelegten Tatsachen einzugehen.

Ende Januar 2019 erzwangen die Bürgerrechtsbewegung *Norfolk Island People for Democracy* (NIPD), der die Mehrheit der Insulaner angehört, sowie der Ältestenrat der Insel unter dem australischen Informationsfreiheitsgesetz die Herausgabe eines internen Memorandums des australischen Ministeriums für Regionale Planung, in dem der wahre Grund für

die Abschaffung der Autonomie der Insel genannt wird. Dieser ist die Unterdrückung der indigenen Identität der Insulaner und deren im Statut von 1979 definierte besondere Beziehung zum Land auf der Insel, so dass letztere in Zukunft unbeschränkt von Australiern besiedelt werden kann. Kurze Zeit später erwähnte außerdem der frühere australische Premierminister Kevin Rudd auf seinem Blog, dass die Norfolkinsel als Modell für eine zukünftige Annexion kleinerer pazifischer Inselstaaten durch Australien dienen solle. Damit wird klar, dass die Re-Kolonisierung der Norfolkinsel eine Art Pilotprojekt für Canberras neokoloniale regionalpolitische Ambitionen ist.

Anfang Februar schließlich legte Dr. Carlyle Corbin, unabhängiger Experte des UN-Entkolonisierungskomitees ein Gutachten zur Selbstregierung der Insel („self-governance assessment“, SGA) vor. Corbin kommt darin zu dem Schluss, dass bereits der beschränkte Autonomiestatus von 1979 niemals die von der UNO vorgegebenen Kriterien eines sich selbst regierenden Territoriums erfüllte, und selbstverständlich erst recht nicht die von Australien aufgezwungene autoritäre Regierungsstruktur der Gegenwart. Corbins SGA ist der erste Schritt eines langwierigen Prozesses in Richtung der Einschreibung der Insel auf der Liste der zu entkolonisierenden Territorien. Vor einigen Jahren hatte Corbin bereits ein ähnliches Gutachten zu Französisch-Polynesien verfasst, das schlussendlich zu einem Votum der UN-Generalversammlung zur Wiedereinschreibung letzteren Territoriums auf die Liste geführt hatte. (Artikel von Dr. Lorenz Gonschor, Pazifik-Netzwerk-Mitglied in Tonga. Quellen: *The Norfolk Islander*; *Norfolk Island People for Democracy website*, eigene Recherchen)

Neuer Bereichsleiter

Jovesa Saladoka ist der neue Bereichsleiter für Fidschi und Tuvalu am australischen Aus- und Fortbildungsinstitut für Pazifik-Insulaner (*Australia Pacific Training Coalition*, APTC). Saladoka übernimmt die Leitung der APTC-Büros in

Suva und auf Tuvalu. Er ist der erste Fidschianer auf dieser Leitungsebene.

Bereits seit 15 Jahren engagiert er sich beruflich in den Bereichen Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit und Bildungsgerechtigkeit, zuletzt bei OXFAM.

Info: Das APTC bietet in den Pazifikstaaten Aus- und Fortbildungen an, die in Australien anerkannt sind. Die Kurse reichen dabei von Ausbildungen in Hotel und Gastronomie über handwerkliche Ausbildungen bis hin zu Wirtschaftskursen und Modedesign. Seit Aufnahme des APTC-Betriebs 2007 haben bereits 12.887 Kursteilnehmer erfolgreiche Abschlüsse erzielt. 83 % aller Absolventen fanden eine qualifizierte Arbeit. Das APTC unterhält in folgenden Pazifikstaaten seine Ausbildungszentren: Papua-Neuguinea, Vanuatu, Salomonen, Fidschi, Kiribati, Samoa und Tonga. (PNG News Facts 07.02.19, <http://aptc.edu.au/>)

Aborigine-Wandgemälde auf Industriedenkmal

Das jüngste Werk des Aborigine-Künstlers Josh Muir aus Ballarat ist ab sofort dauerhaft zu sehen an der Seite des denkmalgeschützten Coop's Shot Tower auf dem *Melbourne Central Komplex*. Dieser Komplex ist eines der ältesten Industriedenkmäler in der Hauptstadt des australischen Bundesstaates Victoria und beherbergt u.a. eine große Shopping-Mall.

Das riesige Wandbild „Kulin Mural“ erzählt die Geschichte der ältesten Einwohner Victorias und im speziellen die Geschichte der Vorfahren des Malers.

Muir's Werk besteht aus fünf je sechs Meter langen Tafeln. Jede Tafel zeigt eine andere Zeit auf den Reisen der Vorfahren des Künstlers.

Ziel des 1991 geborenen Künstlers ist es, den Betrachter in die gemeinsame Geschichte der europäischen Siedler und der Aborigines mit einzubeziehen und ein Zeichen der Versöhnung zu setzen.

Info: Josh Muir, ein gebürtiger Aborigine der Yorta Yorta

ta/Gunditjmara, erhielt 2015 die Auszeichnungen „Telstra National Indigenous“ und „Torres Strait Islander“ in den Kategorien „Youth“ und „People Choice“. 2016 gestaltete er zur „White Night“ die Fassade der National Gallery of Victoria. (Australien Info Newsletter 19.11.18, <https://www.melbournecentral.com.au/home>)

SPORT

PNG-Fußballer wechselt zu Fortuna Köln

Deutschland: Im Januar 2019 hat der deutsche Drittligist SC Fortuna Köln den deutsch-neuguineischen Innenverteidiger Garem Alwin Komolong unter Vertrag genommen.

Der 1,84cm große Fußballer wurde am 2. November 1994 in Lae als Sohn einer Deutschen und eines Neuguineers geboren. Er spielte als Kind Fußball im australischen Brisbane, bevor er mit seiner Familie nach Deutschland zog und dort für den VfR Eckernförde spielte. 2011 kam er in der U-17-Nationalmannschaft von Papua-Neuguinea zum Einsatz, da er beide Staatsbürgerschaften besitzt. Nach Stationen im neuseeländischen Waitakere, beim FC Port Moresby und beim Madang FC absolvierte er ein Sportstudium an der Northern Kentucky University in den USA. Mit dem im dortigen College-Team gezeigten Einsatz schaffte Komolong es, sich für die papua-neuguineische A-Nationalmannschaft zu qualifizieren.

Im Juli 2017 unterzeichnete der Nationalspieler einen Vertrag bei den Stuttgarter Kickers. Nach zwölf Spielen (und 0 Toren) für die Kickers und einer längeren Verletzungspause wurde sein Vertrag am Ende der Saison 2017/2018 nicht verlängert. Nach einem vereinslosen Jahr wurde der 24-jährige Komolong jetzt für 75.000 € von Fortuna Köln eingekauft. (<https://www.transfermarkt.de/alwin-komolong/profil/spieler/185203>, Wikipedia)

Brasilianer ist Weltmeister im Wellenreiten

Hawai'i: Bereits zum zweiten Mal nach 2014 ist der 25-jährige Brasilianer Gabriel Medina beim Saisonfinale auf Hawai'i nach einem spannenden Wettkampf Weltmeister im Wellenreiten 2018 geworden.

In der *Banzai Pipeline* am Ehukai Beach Park in Pupukea an der Nordküste der Insel Oahu konnte sich Medina bei den *Billabong Pipeline Masters* Ende Dezember 2018 gegen seine Konkurrenten durchsetzen. Bereits früher im Jahr hatte sich der Weltklassesurfer bei den *Tahiti Pro Teahupo'o* (Tahiti) und dem *Surf Ranch Pro* (Kalifornien) an die Spitze gesetzt.

Der in São Sebastião geborene Medina begann bereits im Alter von neun Jahren mit dem Wellenreiten. Mit 15 Jahren stellte der 1,80 m große und 77 Kilo schwere Surfer seinen ersten Rekord als jüngster Gewinner des *Maresias Surf International* in Brasilien auf. Viele weitere Erfolge und Titel folgten, so dass Medina heute als einer der erfolgreichsten Wellenreiter weltweit gilt.

Der Brasilianer engagiert sich für den Natur- und Umweltschutz und beteiligt sich regelmäßig in seinem Heimatland an so genannten „Beach Cleanups“, bei denen Plastikmüll von Stränden und aus dem Meer aufgesammelt wird.

Info: Mit drei anderen Brasilianern auf den Plätzen 2 bis 4 in der Rangliste der *World Surf League* zählt das größte Land Lateinamerikas inzwischen als Kaderschmiede für erfolgreiche Wellenreiter.

Die *World Surf League* ist eine 1983 gegründete Vereinigung von Surfern und der Ausrichter der Weltmeisterschaften im Wellenreiten.

(Wikipedia, <http://www.worldsurfleague.com/athletes/1085/gabriel-medina>, <https://www.facebook.com/gabrielmedinasurf/>)

“The Longest Swim” gescheitert

Hawai'i: Dem in Frankreich geborenen US-Amerikaner Ben Lecomte ist die schwimmende Durchquerung des Pazifiks von Japan an die Ostküste von Amerika nicht gelungen. Der 51-jährige Langstreckenschwimmer war am 5. Juni 2018 im japanischen Chōshi (Region Kantō) gestartet. Er wollte die rund 8.851 Kilometer quer über den Pazifischen Ozean bis nach San Francisco (Kalifornien) schwimmen, um auf die Plastikmüllverschmutzung der Meere aufmerksam zu machen. Begleitet wurde der Extremsportler von einem Schiff, auf dem er schlief und aß. An Bord waren abschnittsweise Meeresbiologen, Sportler, Models und Wissenschaftler, die sich verschiedenen Forschungsprojekten widmeten. Lecomte wurde von einem Arzt betreut und ernährte sich während der Überquerung mit hochkalorischer gefriergetrockneter Nahrung. Täglich schwamm er rund acht Stunden über eine Distanz von rund 48 Kilometern und verbrauchte dabei 8.000 Kalorien.

Nach 191 Tagen auf See und einer zurückgelegten Distanz von 2.736 Kilometern musste Lecomte seinen Rekordversuch wegen irreparabler Schäden an seiner Segelyacht „Discoverer“ abbrechen. Trotz mehrtägiger Reparaturversuche war es nicht gelungen, das durch Starkwinde zerstörte Großsegel zu ersetzen und das Boot wieder hochseetauglich zu bekommen. Aus Sorge um sein Team brach Lecomte ab. Er ging am 27. November 2018 am Queen's Beach bei Honolulu (Hawai'i) an Land.

Trotz des gescheiterten Versuchs zeigte sich der Schwimmer glücklich über die gesunde Rückkehr des gesamten Teams. Man habe es geschafft, auf das Thema Plastikmüll aufmerksam zu machen. Außerdem habe man viele Daten sammeln können und über 1.100 Proben aus dem Ozean entnehmen können. Diese gelte es nun auszuwerten.

(<https://benlecomte.com/>, BBC News, Japan Times 27.11.18, Wikipedia)

Digicel unterstützt Sportler

Vanuatu: Der pazifische Telekommunikationsanbieter *Digicel* sponsert die Teilnahme eines Teams behinderter Athleten an den Sommer-Weltspielen in Abu Dhabi mit 10.000 US-Dollar. Aus Vanuatu werden neun Menschen zu den Spielen fliegen, vier Teilnehmer und fünf Betreuer und Trainer. Die Sportler treten in zwei Disziplinen an: 100 Meter Lauf sowie Speerwerfen.

Der Geschäftsführer von *Digicel Pacific*, Ben Kealy, erklärte, Digicel fördere nicht nur Sportler aus Vanuatu, sondern auch Teilnehmer aus Fidschi, Samoa, Tonga und Nauru. Es sei dem Unternehmen ein Anliegen, die gehandicapten Sportler zu unterstützen. Diese seien ein Vorbild in harter Arbeit, Disziplin und Leidenschaft und könnten so zu Botschaftern Vanuatus in der Welt werden.

Info: Die *Special Olympics World Summer Games 2019* finden vom 14. bis 21. März 2019 erstmals in den Vereinigten Arabischen Emiraten statt. Abu Dhabi und Dubai werden dabei Schauplatz für Wettbewerbe in 25 Sportarten sein. 7.000 Sportler aus 170 Ländern werden sich in Wettkämpfen messen.

Das *Team Special Olympics Deutschland* wird mit 163 Athletinnen, Athleten und Unified Partnern, 52 Trainern und 14 weiteren Delegationsmitgliedern vertreten sein.

Digicel ist ein Mobilfunknetzanbieter, der in 33 Märkten in der Karibik, in Mittelamerika und in Ozeanien tätig ist. Das Unternehmen befindet sich im Besitz des irischen Milliardärs Denis O'Brien, ist in Bermuda gegründet und hat seinen Sitz in Jamaika. Es hat ungefähr 14 Millionen drahtlose Benutzer.

(Pressemitteilung *Digicel* 12.02.19, <https://www.digicelgroup.com/en.html>)

„TOK BILONG PASIFIK“

Versteigerung von feinen Matten im Museum

Erstmals fand am 2. Dezember 2018 im Bishop Museum in Honolulu (Hawai'i) eine Versteigerung von 31 gewebten Matten (*jaki-ed*) der Marshall-Inseln statt. Die 140 Anwesenden boten zwischen 95 US-Dollar und 420 US-Dollar für die handgemachten Matten. Die teuerste Matte (420 \$) stammte dabei von Elisana Emos von dem Atoll Ailinglaplap.

Hintergrund: Vor rund 50 Jahren entdeckte man im Magazin des Bishop Museum 50 feine Matten von den Marshall-Inseln, die zwischen 150 und 200 Jahren alt waren. Das Museum ließ die Matten fotografieren und schickte die Abzüge auf die Marshall-Inseln, wo sie 2006 erstmals als Fotoausstellung gezeigt wurden. Die Besucher der Ausstellung zeigten sich begeistert von den Matten, war doch deren Herstellung im Lauf der Zeit bei den Frauen in Vergessenheit geraten. Dr. Irene Taafaki, die Direktorin der *University of the South Pacific* auf den Marshall-Inseln, startete deshalb vor 12 Jahren ein Wiederbelebungsprogramm dieser uralten traditionell weiblichen Handwerks-technik. Im „*Marshallese Weaving Cultural Restoration Project*“ werden Frauen in der Herstellung der Matten aus getrockneten Pandanusblättern unterrichtet. Der Unterricht findet direkt in der Uni statt. Auf dem Campus der USP gibt es auch eine eigene Hütte, wo sich die Frauen zum gemeinsamen Mattenweben treffen können. Jährlich findet ein Wettbewerb statt, bei dem die schönste Matte ausgezeichnet wird und bei dem anschließend die Matten ersteigert werden können. Waren es zu Anfang des Projektes im Jahr 2006 nur vier Frauen, die Matten weben konnten, engagieren sich inzwischen über 200 Frauen in diesem Kunsthandwerk. Die Matten können auch online gekauft werden und werden dann direkt nach

Deutschland verschifft.
Hier geht es zum Shop:
<http://clothingmatsofthemarshalls.com/store/store.html>

Nun hat eine solche Versteigerung erstmals außerhalb der Marshall-Inseln erfolgreich stattgefunden. Die Direktorin des Bishop Museums, Melanie Ide, sagte in ihrer Eröffnungsrede, sie hoffe, dass es zukünftig jährlich eine Auktion von marshallesischen Matten im Museum geben könne. (*Marshall Islands Journal* 14.12.18, <http://clothingmatsofthemarshalls.com>)

Schnecke nach deutscher Professorin benannt

Eine in der Tiefsee an Felsen lebende neu entdeckte Schnecke ist nach der deutschen Professorin Tanja Bogusz benannt worden. „*Joculator boguszae*“ lebt in der Tiefsee vor Papua-Neuguinea und ist nur zwei Millimeter groß.

Tanja Bogusz hat einen wissenschaftlichen Bezug zu Papua-Neuguinea. Die studierte Soziologin und Anthropologin arbeitete 2011 am Pariser Naturkundemuseum an einer sozialwissenschaftlichen Laborstudie zur Frage, wie sich die biologische Wissenschaft vor dem Hintergrund ökologischer Krisen verändert.

Im Rahmen ihrer Forschung begleitete sie ein Team von Naturwissenschaftlern auf eine Biodiversitäts-Expedition nach Papua-Neuguinea (*Our Planet reviewed. Estimating Biodiversity in Papua New Guinea and on the Planet*). Zwei Monate lang bestimmten und klassifizierten die Meeresbiologen im Bismarck-Archipel Muscheln. Vor Ort konnte die Soziologin erleben, mit welchen Schwierigkeiten die Forscher konfrontiert waren. Da die traditionellen Landeigner, denen auch der Meeresschutz gehört, nichts von dem Besuch der großen Forschergruppe wussten, wurden diese als Eindringlinge wahrgenommen, die es auf den Fisch und wertvolle Bodenschätze abgesehen hätten. Die gebürtige Hamburgerin gewann bei dem Vermittlungsprozess zwischen den Forschern und den landbesitzen-

den Clans neue Erkenntnisse für ihre Forschungen.

Im Herbst letzten Jahres erhielt Bogusz dann die Nachricht, dass die beiden Taxonomen Alberto Cecalupo und Ivan Perugia eine der in der Bismarck-Tiefsee gefundenen Schnecken nach ihr benannt haben.

Info: Tanja Bogusz (Jahrgang 1970) ist gelernte Industriemechanikerin und studierte ab 1996 Soziologie, Romanistik und Journalismus in Hamburg und Paris. Nach ihrer Promotion in Berlin und ihrer Habilitation zum Thema „Experimentalismus und Soziologie. Von der Krisen- zur Erfahrungswissenschaft“ im Jahr 2016 an der Universität Jena ist Bogusz seit 2016 Gastprofessorin an der Universität von Kassel. Dort leitet sie das Fachgebiet „Soziologie sozialer Disparitäten“. (https://www.unikassel.de/fb05/fileadmin/datas/fb05/Bogusz_CV.pdf, HNA 21.01.19, Wikipedia)

Bald Koalas in Stuttgart

Bis 2021 entsteht in dem zoologisch-botanischen Garten Wilhelma in Stuttgart ein Australienhaus. Das gab Wilhelma-Direktor Dr. Thomas Kölpin Ende letzten Jahres bekannt. Man werde zwei Koala-Weibchen und zwei Männchen beherbergen. Außergewöhnlich dürfte jedoch die Aufnahme von australischen Baumkängurus sein, die aus den Atherton Tablelands stammen. Hier lebt mit Margit Cianelli eine ehemalige Mitarbeiterin der Wilhelma, die dort verletzte Tiere pflegt.

Für die Koalas kooperiert der Stuttgarter Garten mit der australischen *Dreamworld Wildlife Foundation*, eine Stiftung des größten australischen Freizeitparks in der Stadt Gold Coast.

Die Unterart der Queensland-Koalas, die in die Wilhelma kommen, steht auf der Roten Liste der Weltnaturschutzunion als in ihrem Überleben „potenziell gefährdet“. Ihnen setzen der Schwund und die Zergliederung ihres Lebensraums ebenso zu wie Krankheiten. (*Pressemittteilung der Wilhelma* 12.12.18)

Sonnencreme-Verbot auf Palau und Hawai'i

Ab dem 1. Januar 2020 dürfen in Palau keine Sonnencremes mehr verwendet werden, die die Stoffe Oxybenzon und Octocrylen beinhalten. Das gab Palaus Präsident Tommy Remengesau bekannt. Wer dennoch mit den entsprechenden Mitteln handelt, muss mit Strafen von umgerechnet bis zu 875 Euro rechnen. Der Gebrauch an sich soll vorerst straffrei bleiben, da ein „*vernünftiges Gleichgewicht zwischen der Erziehung und der Abschreckung von Touristen*“ (Zitat aus dem Gesetz) gehalten werden solle. Allerdings müssten Touristen damit rechnen, dass verbotene Cremes beschlagnahmt werden, sagte Remengesau.

Ab 2021 gilt das Verbot auch auf Hawai'i und in dem Karibikstaat Bonaire. Mit dem Verbot wollen die Inseln die Umwelt und vor allem den Ozean besser schützen. Nach Angaben der amerikanischen Meeresbehörde NOAA landen jedes Jahr bis zu 6.000 Tonnen Sonnenschutzmittel weltweit auf den hochsensiblen Ökosystemen der Korallenriffe.

Die Riffökologin Sonia Bejarano erklärte, die Inhaltsstoffe von Sonnencremes würden einzellige Algen schädigen, die in Symbiose mit Korallenpolypen leben und diesen Farbe und Energie verleihen. Wenn die Algen sterben, kommt es zur Korallenbleiche, dem langsamen Absterben der Koralle.

Der Stoff Octocrylen soll sich in lebenden Organismen wie Muscheln und Fischen ansammeln und die gesunde Entwicklung der Tiere stören.

Octocrylen wurde im Jahr 2018 in der Hälfte der mehr als 27 getesteten Cremes der Zeitschrift „Öko-Test“ nachgewiesen.

(*WAZ Panorama* 12.02.19, *Süddeutsche Zeitung* 2.11.18,

<https://www.palau.gov.pw/wp-content/uploads/2018/08/Proposed-Legislation-re.-Responsible-Tourism-Education-Act-of-2018.pdf>, *Öko-Test* 24.05.18)

Baby-Strampler für verletzte Pinguine

Im neuseeländischen *Dunedin Wildlife Hospital* für verletzte Tiere kommen ab sofort Baby-Strampler zum Einsatz. Die Tierärzte, die sich in dem Krankenhaus um die äußerst seltenen Gelbaugenpinguine kümmern, konnten mit diesen Straplern gute Heilungserfolge bei ihren tierischen Patienten erzielen. Viele verletzte Pinguine haben ein stark beschädigtes Federkleid und reißen mit ihren Füßen die Wunden immer wieder auf. Durch das ständige Kratzen an den Wunden können an dieser Stelle keine neuen Federn nachwachsen. Mit der innovativen Bekleidung, die ursprünglich für Säuglinge in den ersten Lebensmonaten gedacht ist, ist es den Pinguinen nicht mehr möglich, sich zu kratzen. Unter dem Strampler können neue Federn nachwachsen.

Das *Wildlife Hospital* in Dunedin auf der Halbinsel Otago (Südinself) hat jetzt einen Aufruf an die Hersteller von Babykleidung gestartet und darum gebeten, eine spezielle „Pinguin-Kollektion“ zum Wohl der vom Aussterben bedrohten Vögel zu entwickeln.

(360 Grad Newsletter 17.12.18, <https://www.thesenior.com.au/story/5810068/sick-penguins-cosy-in-baby-onesies/>)

KIRCHLICHE NACHRICHTEN

[Die kirchlichen Nachrichten werden ab dieser Ausgabe verantwortet von Pfarrer Arnim Doerfer, Fachreferent für Papua-Neuguinea bei Mission EineWelt.]

AUS PAPUA-NEUGUINEA

ELC-PNG

Lutherischer Bischof erhält Doktorwürde von DWU

Doktor der Philosophie darf Pfarrer Jack Urame, Bischof der ELC PNG, sich seit dem 10. März nennen. Im Rahmen der 37. Graduierungsfeierlichkeiten wurde ihm

dieser Titel verliehen für seine Dissertation an der Fakultät Kunst und Sozialwissenschaften der Divine Word University (DWU) in Madang zum Thema „*The social impact of the influence of money on Melanesian structures and values in Papua New Guinea*“.

Dr. Jack Urame ist seit 2011 der siebte Doktorand der DWU. (*Loop News* 12.3.19)

Premierminister stellt viele Millionen in Aussicht für Großprojekte

Für den Ausbau des Madang Flugplatzes stellt Premierminister Peter O'Neill 77 Millionen Kina zur Verfügung und implementiert auf seiner Rundreise durch das Land viele weitere Projekte. So erhält u.a. die Divine Word University (DWU) für den Neu- bzw. Ausbau ihrer Krankenpflegeausbildungsstätte 15 Mio Kina. Alle großen Flugplätze im Land wurden bereits gefördert und es wird in große Energiequellen, Straßenprojekte und den Bau von Krankenhäusern investiert. Für die Wiederbelebung des *Works Department*, einem staatlichen Bauamt, stellt er 100 Mio Kina zur Verfügung.

(*Wantok* 14.-20.2.2019, Nr. 2316)

Gouverneur von Morobe bittet Kirchen um Hilfe für Gesundheitswesen

Im Zuge seiner Visitation der kirchlich geführten Krankenhäuser in Etep und Finschhafen, äußerte Gouverneur Ginson Saonu (Morobe-Provinz) vor Bischof Jack Urame (ELC-PNG) und dem bayerischen Landesbischof H. Bedford-Strohm (ELKB) großes Interesse an einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den Kirchen zur Lösung der großen Probleme im Gesundheitswesen des Landes.

„Die Deutschen brachten uns das Wort Gottes, aber nicht nur das. In dem Zuge kamen auch andere Dienste in unser Land, wie zum Beispiel das Gesundheitswesen“, sagte Saonu. „Als es noch keine Regierung gab, kam die Kirche und setzte die Fundamente für

Wandel und Entwicklung.“

Saonu setzte drei Eckpfeiler und Ziele für die Zukunft: Medizinische Versorgung aus Deutschland, Überseemitarbeitende die in jedem Dekanat der ELC PNG arbeiten und mehr Ärzte aus Übersee für einen Dienst in den von der ELC-PNG unterhaltenen Krankenhäusern.

Dr. Simon Ganai, einer der drei aktuell über Mission EineWelt tätigen Ärzte in PNG, berichtete über die bestehenden Herausforderungen im Gesundheitswesen und wies auf die hohe Relevanz kirchlicher Einrichtungen in den entlegenen Gebieten des Landes hin, durch die die ländliche Bevölkerung Zugang zu Hilfeleistungen erhält.

Gouverneur Saonu dankte der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern und ihrem Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission (Mission EineWelt) für die Unterstützung des Landes PNG durch die Entsendung von MitarbeiterInnen und die medizinische Versorgung. (*The National Faith* 21.2.19)

Lutherischer Bischof von Bayern zu Besuch in PNG

Die Evang. Luth. Kirche von Papua-Neuguinea (ELC-PNG) bereitet sich auf den ersten Besuch des Landesbischofs der Evang.-Luth. Kirche in Bayern (ELKB), Prof. H. Bedford-Strohm vor. Damit folgt er den Fußstapfen der ersten Missionare, welche 1886 die Frohe Botschaft in die heutige Morobe Provinz brachten.

In einem Interview mit dem Bischof der ELC-PNG, Jack Urame, spricht dieser von der großen Freude, die in dieser Begegnung zwischen den beiden partnerschaftlich verbundenen Kirchen liegt. „*Der uns verbindende Eine Glaube soll deutlich werden und den Menschen in unseren Kirchen den Blick über den eigenen lokalen Kontext hinaus für die globale Vernetzung öffnen, in der wir auch mit anderen Kirchen ökumenisch unterwegs sind. Weil wir auf einem Planeten leben*“, so Urame weiter. „*Wir sind nicht allein. Wir sind Kirchen vereint in der Weltweiten Familie und Gemeinschaft*.“

Des Weiteren diene der Besuch auch dem Nachspüren der ersten Missionare aus Bayern, die nach PNG kamen, um dem Land und den Menschen zu dienen. (*Post Courier* 31.1.2019)

Wir brauchen mehr Ärzte!

Ein Arzt der Vereinten Nationen im Land und Chef-Gynäkologe des *Pacific International Hospital* (PIH), Dr. Mathias Sapuri, fordert die Rekrutierung ausländischer Ärzte, um dem chronischen Ärztemangel in PNG zu begegnen. Voraussetzung seien dem internationalen Standard angemessene Qualifikationen, gute Englischkenntnisse, ein entsprechendes polizeiliches (Interpol) Führungszeugnis, Referenzen bezüglich einer charakterlichen Eignung und ein Gesundheitsnachweis.

„Den Statistiken der Ärztekammer und des Gesundheitsamtes nach sind z.Zt. 523 aktive Ärzte in PNG zu verzeichnen, die für über 8 Millionen Menschen Zugang zu ärztlicher Versorgung gewährleisten. In urbanen Lebensräumen kommen wir auf einen Schnitt von 15.296 Menschen für einen Arzt, in Ländlichen Räumen dagegen auf 109.667 Menschen“, resümiert Sapuri.

Im Gegensatz dazu führt Dr. Sapuri die Liste der besten Länder der Welt auf: San Marino verzeichnet 47 Ärzte auf 1.000 Bewohner und auf Rang zwei folgt Kuba mit 6 Ärzten auf 1.000 Bewohner. Australien rangiert mit 2,5 Ärzten auf 1.000 Menschen auf Rang 47 und die USA auf Rang 52. PNG ist auf einer Gesamtlistung von 200 Ländern auf Rang 185 wiederzufinden.

Einer Hochrechnung entsprechend spricht Dr. Sapuro von 1.077 zusätzlich benötigten Ärzten, um die Situation auf einen vergleichbaren internationalen Durchschnitt zu heben. (*Post Courier* 31.1.19)

AUS ANDEREN KIRCHEN

Gleiche Rechte, gleiche Chancen: Aufstehen gegen die Gewalt

Angestoßen durch das von der Australischen Regierung unterstützte Church Partnership Program (CPP - Programm für Partnerschaftliche Zusammenarbeit der Kirchen), arbeiten die Mitgliedsstärksten Kirchen zusammen an der Entwicklung einer Theologie der Gleichstellung der Geschlechter (Gender Equality Theology – GET).

In diesem Verbund finden sich die United Church of PNG; the Salvation Army (Heilsarmee); the Catholic Bishops' Conference; the Seventh-Day Adventist Church; the Evangelical Lutheran Church in PNG; the Anglican Church in PNG and the Baptist Union PNG.

Unter dem Slogan *“Let's GET together on this one!”* umfasst dieser Aufbruch den gesamten Pazifischen Raum. Der *Fiji Council of Churches* äußert sich in öffentlichen Kampagnen und bezeichnet die Gewalt gegen Frauen als sündig. Die Theologie bezieht sich auf Genesis 1,31 in der Übersetzung: *For after creating the man and woman God saw that it was very good (Gen 1:31)* - Nachdem Gott den Mann und die Frau erschaffen hatte, sah er an alles, was er gemacht hatte, und siehe, es war sehr gut (1.Mo 1:31).

10 Pfeiler bilden zusammen mit Handlungshinweisen die Grundlage der erarbeiteten Theologie (Anmerkung der Redaktion: Können im Internet recherchiert werden und sind aus Platzgründen hier nicht aufgeführt).

Die Bibel setzt voraus, das Mann und Frau zusammenarbeiten an der Schaffung und Erhaltung der menschlichen Gemeinschaft, in der die Gleichwertigkeit bekräftigt, respektiert und gefeiert wird unter der Prämisse, dass beide Geschlechter eine geheiligte Gabe Gottes sind. (*Wantok* 27.12.-9.1.2019, Nr. 2310)

Kirchenleitungen fordern Ende von Menschenrechtsverletzungen in Westpapua

Bischöfe und Erzbischöfe der Anglikanischen Kirche Neuseelands und Polynesiens unterzeichneten eine öffentliche Bekanntmachung, in der sie ihre Regierungen dazu auffordern, die Situation von Menschenrechtsverletzungen in Westpapua vor die Vereinten Nationen zu bringen. Die Ausbeutung natürlicher Ressourcen soll untersucht und dokumentiert werden mit dem Ziel, diese zu unterbinden und zu verbieten.

Die *West Papua Liberation Army* (Befreiungsarmee Westpapua) hat Berichten von www.radionz.co.nz zufolge während eines Überfalls mindestens 16 indonesische Arbeiter getötet, welche der militärischen Spionage beschuldigt wurden.

Neuseelands Erzbischof Philip Richardson verurteilte die Tat und mahnte an, dass Gegengewalt nie eine Antwort sein kann auf selbst-erlebte Gewalt, der die Papuas seit über 50 Jahren ausgesetzt sind. *„In der Zeitgeschichte wurden die größten Erfolge für Wandel und Erneuerung durch gewaltfreie Handlungen erreicht“*, so Erzbischof Richardson weiter.

In besagter Veröffentlichung befürworten die Unterzeichner einen Beschluss der *Pacific Conference of Churches* (PCC) zu Besuchen von Kirchenleitungen in Papua-Neuguinea, den Salomonen, Nauru, Samoa und Fidschi, um mehr Aufmerksamkeit dieser Anrainerstaaten auf die Situation in Westpapua zu lenken. Eine gemeinsame Stimme vor der Welt sei besser zu hören.

(www.radionz.co.nz/international/pacific-news/378114/search-continues-for-missing-indonesian-workers-in-papua)

AUS ANDEREN LÄNDERN

Abkommen zwischen der ELC-PNG und der LCP

Philippinen: Zur Stärkung einer bereits bestehenden bilateralen Zusammenarbeit der Evangelisch-Lutherischen Kirche von Papua-Neuguinea (ELC-PNG) und der

Lutherischen Kirche der Philippinen (LCP) wurde am 7. Februar ein Abkommen unterzeichnet. Es regelt den Austausch von Pfarrern und anderen kirchlichen MitarbeiterInnen, auch in technischen und Entwicklungsbezogenen Aufgabenfeldern und Bereichen. Zudem wird die Aus- und Weiterbildung und der Zugang dazu gefördert und vereinfacht. „Durch unsere Partnerschaft lernen wir voneinander, die Liebe Gottes zu den Menschen weiterzugeben“, freute sich Bischof Jack Urame (ELC-PNG) bei der Unterzeichnung und Präsident Pfr. Antonio Reyes (LCP) spricht von einem Zeugnis, das sichtbar das Eins sein der beiden Kirchen in Christus verdeutlicht. Er sprach der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern seinen Dank für eine Brückenbauerfunktion aus, durch die die Zusammenarbeit der beiden Kirchen möglich wurde.

Bei der Unterzeichnung zugegen waren Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm, Evang.-Luth. Kirche in Bayern (ELKB), Pfr. Hanns Horschelmann, Direktor von Mission-EineWelt (ELCB) und Dr. Traugott Farnbacher, Referatsleiter Papua-Neuguinea-Pazifik-Ostasien. (*NationalFaith 7.02.19*)

Sicherheitskräfte lösen Gottesdienst auf

Westpapua: Menschenrechtsverteidiger und lokale Medien haben über ein weiteres repressives Vorgehen gegen das *Westpapua-Nationalkomitee* (KNPB) berichtet. Das KNPB ist eine politische Bewegung, die das Recht auf politische Selbstbestimmung für Westpapua durch ein Unabhängigkeitsreferendum fordert. Die Organisation ist landesweit vernetzt und organisiert Gottesdienste und friedliche Demonstrationen. Sie gehört zu den zivilgesellschaftlichen Gruppen Papuas, die einem hohen Maß an Kriminalisierung und politischer Verfolgung durch die indonesischen Strafverfolgungsbehörden ausgesetzt sind.

Am 31. Dezember 2018 fand in dem KNBP-Büro in Timika ein Silvestergottesdienst statt, an dem

viele Menschen teilnahmen. Um 20:10 Uhr umzingelten ungefähr 200 mit Maschinengewehren bewaffnete Mitglieder der Sicherheitskräfte das KNPB-Büro und zerstreuten die friedliche religiöse Versammlung mit Gewalt. Die Sicherheitskräfte durchsuchten das Büro und verhafteten die KNPB-Aktivistin Finsen Gobay (29 Jahre), Eman Dogopia (27), Yohana Kobogauw (39), Ruben Kogoya (33), Epenus Hisage (29) und den örtlichen KNPB-Vorsitzenden Yan-to Awerkion (30).

Die Sicherheitskräfte nahmen Banner ab, beschlagnahmten KNPB-Symbole und Dokumente und durchsuchten das Büro sowie die anwesenden Gottesdienstbesucher. Polizeibeamte beschädigten angeblich einige Fensterscheiben im obersten Stockwerk und zerstörten ein Betondenkmal vor dem Büro, auf dem das Symbol des Mambruk-Vogels abgebildet war. Der Mambruk Vogel ist ein Symbol der kulturellen Identität in Westpapua und wird auch von der Unabhängigkeitsbewegung in ihren Logos benutzt. Der Polizeichef von Mimika, Agung Marlianto, soll eine indonesische Flagge an der Außenwand des Büros angebracht und erklärt haben, dass das KNPB-Büro 2019 geschlossen werden soll. (*Westpapua Netzwerk online 10.01.19*)

Aufruf der Kirchen aus Papua

[Dieser Aufruf erreichte die Redaktion aus Westpapua mit der Bitte um Abdruck.]

Westpapua: Bevor das Evangelium nach Papua kam, lebten die Menschen hier friedlich im Einklang mit der Natur. Sie besaßen ihr Land, ihre Sprachen und ihre vielfältige Kultur und hatten ihre Identität als eine Nation, in der jeder in seiner eigenen Gemeinschaft leben konnte.

Die Papua-Gemeinschaften haben eine starke Verbindung zur Natur. Sie sehen ihr Land als ihre Mutter an, die sie dort zur Welt gebracht hat. Daher sind die Natur und die Menschen in Papua eng miteinander

verbunden.

Die moderne Zivilisation in Papua begann mit der evangelischen Mission am 5. Februar 1855. Sie begann damit, dass Kirchen entstanden, die in der Lage waren, das Leben ihrer Mitglieder unabhängig zu organisieren. Sie bauten die nötige Infrastruktur wie Schulen, Polykliniken, Elektrizität, Flugplätze und anderes auf. Sie förderten die Menschen mental, spirituell und in den Bereichen Bildung, Gesundheit und wirtschaftlicher Entwicklung. Die Arbeit von Kirche und Mission ist das Grundkapital, das auf menschlicher und würdevoller Weise Frieden und Einigkeit in die Papua-Gemeinschaften gebracht und den Stolz auf das Volk der Papua entwickelt hat.

Die Kirchen und das Volk der Papua haben ihre fortschreitende Entwicklung auf Werte des Evangeliums und der Lehre von Christus gegründet. Da wurden sie 1969 mit einem Referendum (Act of Free Choice) konfrontiert, das unfair und nicht nach internationalen Richtlinien und auch nicht entsprechend dem *Agreement von New York* (15. August 1962) durchgeführt wurde. Das Referendum wurde gegen die Überzeugung der Kirchen und der Bevölkerung durchgeführt und führte zu Protesten und Widerstand. Die indonesische Regierung antwortete mit militärischer Gewalt, die seit 1969 bis heute zu vielen Gewalttaten und Menschenrechtsverletzungen führte.

Papuas Land und die Regenwälder sind reich an einzigartiger Biodiversität und bilden einen Teil der Lunge der Welt. Heute geschieht großflächige Abholzung und Zerstörung durch ausbeuterische Industrien wie Holzfirmen und Plantagen (Ölpalmen), Mineralien- und Erdgasförderung sowie Tourismus, wobei die Regierung, transnationale Konzerne und Finanzinstitutionen ihre Hände im Spiel haben.

Die indigenen Papua, die in und mit den Wäldern leben, werden konfrontiert mit Unternehmen, die vom Staat unterstützt werden. Sie erleben Einschüchterung, Bedrohung, Umweltzerstörung, den Ver-

lust der Lebensgrundlage, Unterernährung, Gewalt, Folter, Ungerechtigkeit und den Verlust ihrer Menschenrechte.

Offizielle Vertreter der Kirchen, Aktivisten, Menschenrechtsverteidiger, Umweltaktivisten und ihre Familien werden ernsthaft bedroht, ihre persönliche Integrität wird verletzt, ihr Recht auf Freiheit, sicheres Leben, ihre Lebensgrundlage werden bedroht.

Auch Regierungsvertreter erkennen die sozialen Krisen, Menschenrechtsverletzungen, die eigentlich durch das Autonomiegesetz 21/2001 ausgeschlossen werden sollten. Doch die Gesetze haben nicht zu mehr Gerechtigkeit, zu mehr Respekt für Menschenrechte, zu einer Rechtsstaatlichkeit, vor allem gegenüber den indigenen Papua, geführt.

Die wirtschaftliche Entwicklung hilft den indigenen Papua in keiner Weise. Sie haben keine Möglichkeit, eigenen Initiativen zu entwickeln. Die Wirtschaft ist ganz in den Händen der Migranten.

Auch das Bildungswesen erlebte einen Rückschlag wegen der Unausgewogenheit der Infrastruktur. Die Ausbilder sind selbst nicht qualifiziert genug, um gut qualifizierte Absolventen auszubilden. Daher können unsere Akademiker nicht in der globalen Welt konkurrieren und indigene Papua spielen in der Entwicklung des Landes keine Rolle.

Die ständige Zuwanderung von Menschen aus anderen Teilen Indonesiens ist Besorgnis erregend. Diese Migranten dominieren den Arbeitsmarkt, treffen die politischen Entscheidungen, verbreiten ihre Religion und stärken die radikalen religiösen Bewegungen. Rassismus und Diskriminierung nehmen ständig zu.

Papua wurde zu einer Region, in der sich HIV/Aids, Malaria und Tuberkulose ausbreiten. Die Sterblichkeitsraten von Müttern und Kindern sind sehr hoch. Medizinische Behandlung ist kostspielig, Zugang zu Gesundheitsdiensten begrenzt.

Die Identität der Papua drückt sich aus in traditionellen Tänzen, Sitten und Gebräuchen, Sprachen, Kunstwerken wie z.B. die Schnitzkunst. Die Skulpturen sind in aller

Welt berühmt. Der Diebstahl des kulturellen copyright durch Migranten ist sehr verbreitet. Sie treiben Handel mit den Kunstwerken, während die indigenen Papua machtlos sind. Auch die einheimischen Regierungsvertreter sind machtlos und befinden sich in einer Krise. So wird kein Eigentumsrecht für das gestohlene kulturelle Erbe geltend gemacht.

Mit dieser hier geschilderten Situation konfrontiert, sind die Papua apathisch geworden. Sie sehen sich nicht mehr in der Lage, angesichts der vielen Probleme zu reden und zu kämpfen, sie sehen nur noch ihre eigene Hilflosigkeit. Doch die Probleme sollten auf faire Weise gelöst werden, Opfer von Gewalt sollten entschädigt und gerecht behandelt werden.

Die Kirchen in Papua sind von Gott gerufen, ihre prophetische Stimme in der heutigen Situation von Papua zu erheben. Die Kirchen haben auch gerichtliche Verfahren unterstützt, und sich auch in anderer Weise für die Rechte der indigenen Papua und die Opfer von Gewalt und Menschenrechtsverletzungen eingesetzt.

Daher richten sich die Kirchen mit den folgenden Forderungen an den Weltkirchenrat.

1. Der Weltkirchenrat soll sich einsetzen für einen friedlichen und würdigen Dialog zwischen der indonesischen Regierung und der Vereinten Befreiungsbewegung für Westpapua (ULMWP) zur Lösung der politischen Probleme, die durch das Referendum 1969 (Act of Free Choice) entstanden sind. Dabei sollen neutrale dritte Parteien einbezogen werden.
2. Der Weltkirchenrat soll die Vereinten Nationen aufrufen, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die von 1969 bis heute geschehen sind, aufzuarbeiten.
3. Der Weltkirchenrat soll konkrete Schritte unternehmen, damit die Beschlüsse des Zentralkomitees bei seinen früheren Sitzungen umgesetzt werden.
4. Der Weltkirchenrat soll die indonesische Regierung auffordern, die übermäßige Stationierung von

Militärs und den Ausbau militärischer Infrastruktur einzustellen.

5. Der Weltkirchenrat soll die indonesische Regierung auffordern, die Ausbeutung von Regenwäldern und Natur, die einen negativen Einfluss auf die Bewahrung der natürlichen Ressourcen und das Leben der indigenen Menschen sowie auch der Weltgemeinschaft haben, einzustellen.

Jayapura, am 16. Februar 2019

Die Kirchenführer im Lande Papua:

Rev. Andrikus Mofu M.Th.
Rev. Dr. Benny Giay
Rev. Dorman Wandikbo, STh
Rev. Dr. Sokratez S. Yoman

Impressum:

Kein Pressedienst

Nachrichtenzusammenstellung und Redaktion: Julia Ratzmann

Kirchliche Nachrichten:
Annim Doerfer (arnim.doerfer@mission-einewelt.de)

„pazifik aktuell“ erscheint vierteljährlich und ist kostenlos.

Wir bitten um eine Spende für die Partnerkirchen im Pazifik.
Evangelische Bank
IBAN: DE1252060410000101111
BIC: GENODEF1EK1

Quellen:

ABC • Australien-Info • Deutsche Osttimor-Gesellschaft • Contemporary Pacific • Islands Business • Marianas Variety • National Neuseeland-Info • Pacific Beat • Pacific Daily News • Papua New Guinea Mine Watch • Post-Courier • Radio Australia • Radio New Zealand • Saipan Tribune • Solomon Islands Broadcasting Association • Wantok • Westpapua-Netzwerk

Herausgeber:

Pazifik
INFORMATIONSSTELLE

und
Mission
EineWelt

Centrum für Partnerschaft, Entwicklung und Mission der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Bayern

Hauptstraße 2 • 91564 Neuendettelsau
Tel 09874 9-1220 • Fax 09874 9-3120
www.pazifik-infostelle.org
www.mission-einewelt.de